

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Aline Masé: Die Caritas-Expertin im grossen Armuts-Interview. Seiten 12-14

Arbeitsbedingungen bei Migros Online machen krank

Ein M mieser



Kaputte Gelenke, krummer Rücken, ständige Schmerzen: Doch wer längere Zeit ausfällt, riskiert die **Kündigung.**
Seite 3

Das sind die Lohn-Abschlüsse

Wer verdient wie viel mehr? Welche Mindestlöhne steigen, und wo ist die Znüni-Pause künftig bezahlt? Der grosse Überblick.
Seiten 18-19



Deutschland nach der Wahl

Rechter Durchmarsch und linke Hoffnungsträgerinnen.
Seite 17

Lebensgefährliche Männer

Acht ermordete Frauen in den ersten acht Wochen des Jahres.
Seite 7



workedito
Anne-Sophie Zbinden

BIKINI-MEDIZIN UND ANDERE ABSURDITÄTEN

Am 8. März ist Weltfrauentag. Dazu ein paar Fakten, die keine Geiss wegschleckt. Auch wenn man noch so laut dagegen trumpet:

- Frauen leisten den Löwenanteil der unbezahlten Care-Arbeit. Über 60 Prozent des Waschens, Putzens und Ans-Znüni-Denkens übernehmen sie. Das sind im Schnitt 30 Arbeitsstunden pro Woche. Die Erwerbsarbeit kommt dann noch obendrauf.

- Frauen verdienen weniger als Männer. Und zwar noch immer ganze 1453 Franken pro Monat.

Frauen erhalten in der Notaufnahme weniger Schmerzmittel als Männer.

- Fast die Hälfte der Frauen verdienen weniger als Männer in vergleichbaren beruflichen Positionen und mit vergleichbaren

Ausbildungen, und zwar nur deshalb, weil sie Frauen sind.

- Über ein ganzes Erwerbsleben gerechnet, verdienen Frauen 43,2 Prozent weniger als Männer.

- In Tieflohnjobs arbeiten mehrheitlich Frauen.

- Frauen haben knapp einen Drittel weniger Rente als Männer.

- Die meisten Alleinerziehenden sind Frauen. Und Alleinerziehende haben ein erhöhtes Armutsrisiko (das sagt Caritas-Expertin Aline Masé im grossen Interview über Armut in der Schweiz auf den Seiten 12 bis 14).

- Hauptsächlich Frauen mit einer Migrationsgeschichte arbeiten in Jobs, die unsichtbar gemacht werden und deshalb an den Tagesrand verstossen sind, zum Beispiel in der Reinigung. Das erschwert Erholung und Kinderbetreuung massiv.

- In den ersten acht Wochen dieses Jahres wurden in der Schweiz acht Frauen von ihrem Ehemann, Ex-Mann, Partner, Vater, Sohn oder anderen Männern in ihrem Umfeld ermordet. Der Grund: Sie waren Frauen (mehr über die skandalösen Mängel in der Gewaltprävention auf Seite 7).

- Die Hälfte aller Flüchtlinge weltweit sind Frauen und Mädchen. Während der Flucht tragen sie oft grosse Verantwortung in der Familie. Sie verlassen Krisengebiete aus den gleichen Gründen wie Männer. Doch sie sind zusätzlichen Risiken wie geschlechtsspezifischer und sexueller Gewalt ausgesetzt.

- Nicht selten geht die Gesundheit der Frauen aufgrund der «Bikini-Medizin» baden. Der Bikini-Blick in der Medizin bezeichnet die falsche Annahme, dass die Gesundheit der Frauen nur in den Bikini-Zonen von jener der Männer abweiche. Es ist also das männerfixierte Herumdoktern mit blinden Flecken. Mit fatalen Folgen: Krankheiten werden nicht erkannt und nicht erforscht.

- Und als ob mit all diesen Punkten die Schmerzgrenze noch nicht erreicht wäre: Es gibt natürlich noch viel mehr Gründe, am 8. März ein Zeichen zu setzen. Zum Beispiel die Frauen-Schmerz-Lücke (Gender Pain Gap): Frauen erhalten in der Notaufnahme weniger Schmerzmittel als Männer und müssen im Schnitt 30 Minuten länger warten! Nach Operationen gibt's für Frauen eher Beruhigungsmittel, für Männer Schmerzmittel. Der Grund: Frauen werden als empfindlicher angesehen, obwohl sie von Natur aus eher mit Schmerzen konfrontiert sind. Starke Männer hingegen zeigen keinen Schmerz, und wenn sie es dann doch mal tun, muss es schlimm sein.

Zwangsferien, Lohnklau und Rachekündigungen

Was ist los im Landquart Shopping-Dorf?

Das absurde Tourismusverständnis beim Seco bringt das Personal des Fashion Outlet Landquart seit Jahren um den freien Sonntag. Jetzt zeigt sich: Es ist noch viel mehr im Argen!

JONAS KOMPOSCH

Graubünden-Reisende kennen es, wenigstens vom Vorbeifahren: Das Shopping-Dorf Fashion Outlet in Landquart. Drei Fussballfelder gross liegt es gäbig zwischen Bahnhof und Autobahn. Wobei die meisten Kaufwütigen motorisiert anbrausen, gerne und vor allem auch sonntags. Zwar hat die Unia jahrelang gegen die Sonntagsarbeit im Fashion Outlet gekämpft. Und 2015 gab ihr das Bundesgericht auch recht und entschied, dass ohne Bewilligung sonntags nicht mehr gearbeitet werden dürfe. Doch dann lockerte der Bundesrat einfach das Sonntagsarbeitsverbot. Und das Staatssekretariat für Wirtschaft befand, das Outlet sei ein Einkaufszentrum, das «den Bedürfnissen des internationalen Fremdenverkehrs» diene. Und ergo 365 Tage öffnen dürfe.

WER SICH WEHRT, FLIEGT

Ausländische Nummernschilder finden sich allerdings kaum auf den Asphaltwüsten vor dem Outlet. Und es sind auch nicht die vielbeschworenen «Skitouristen auf Durchfahrt», die sich massenhaft ins Einkaufsdorf verirren. Sondern hundskommune Turbolädeler und Shopping-Freaks aus der ganzen Schweiz. Ihr Kaufrausch spült der britischen Eignergruppe Via Outlets jährlich Millionen in die Kassen. Das Verkaufspersonal hingegen muss manchmal offenbar schon um minimale Standards kämpfen. Das enthüllt fast schon beiläufig ein Portrait im aktuellen Mitglieder-magazin der Gewerkschaft Syna.

Dort berichtet die Verkäuferin Nadine Dummel von ihrer Karriere im Outlet («Ich liebe meine Arbeit») und von einem Besuch der Syna («Für mich war



DEN SONNTAGSVERKAUF ERTRICKST: Das Bündner Shopping-Dorf hat sieben Tage die Woche geöffnet, da angeblich Touristinnen und Touristen ein Bedürfnis danach haben. FOTO: PD

sofort klar: Ich möchte beitreten»). Die Syna unterhält mit dem Outlet seit Jahren einen GAV. Er garantiert unter anderem Mindestlöhne von 3791 bis 4585 Franken, einen 13. Monatslohn und einen Sonntagszuschlag von 50 Prozent. Dummel sagt: «Besonders während des zweiten Corona-Lockdowns wurde mir bewusst, wie wichtig eine Gewerkschaft ist.» Ihr damaliger Chef habe nämlich vom Team gefordert, während des Lockdowns Ferien zu beziehen. Das ist illegal. Aber offenbar nicht genug: «Einige von uns wehrten sich dagegen – und diejenigen, die sich weigerten, wurden später entlassen.» Auch das ein klarer Missbrauch. Die Syna habe aber geholfen – und so noch mehr aufgedeckt!

SYNA HOLT KANTON ZU HILFE

Nämlich dass der 13. Monatslohn «bisher nicht ausbezahlt» worden war. Erst rückwirkend und nach Intervention der Gewerkschaft habe der Ladenbetreiber be-

zahlt. Mehr verrät der Artikel nicht. work wollte es genauer wissen. Schliesslich hat aktuell auch die Unia Scherereien mit dem Outlet. Mehrere unzufriedene Verkaufsmitarbeitende haben sich bei ihr gemeldet. Doch der Syna-Sprecher Michael Steinke

Der Kaufrausch der Menschen spült der Besitzerin Millionen in die Kassen.

beschwich-tigt: Es handle sich um einen Einzelfall, die Sozialpartner-schaft funktioniere gut. Welcher Store ge-sündigt hat, will er nicht verraten. Und auch zu den Rache-kündigungen könne er sich nicht äussern. Generell verfolge die Syna in solchen Fällen ein mehrstufiges Verfahren. Immerhin bei den Konsequenzen wird der Sprecher etwas deutlicher: «Es wurden verstärkte Kontrollen durchge-führt, auch in Zusammenarbeit mit dem Kanton.»

Start der Verhandlungen für den neuen Gesamtarbeitsvertrag

Coop-Mitarbeitende wollen Besserungen sehen

Mitte Februar sassen über 100 Coop-Mitarbeitende zusammen und bündelten ihre Kräfte für die bevorstehenden Verhandlungen des Coop-Gesamtarbeitsvertrages.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Coop konnte für das Jahr 2024 den Umsatz um 1,1 Prozent steigern auf insgesamt 34,9 Milliarden Franken. Trotz den Rekordzahlen knausert der Detailhändler bei den Löhnen. Das zeigte sich zuletzt bei den Lohnverhandlungen zwischen Coop und der Gewerkschaft Unia im vergangenen Herbst: Während die Gewerkschaft den vollen Teuerungsausgleich von 1,2 Prozent verlangte, erhöhte Coop die Löhne lediglich um 1 Prozent. Das bedeutet für das Verkaufspersonal einen realen Lohnverlust. (work berichtete: rebrand.ly/cooplohnverhandlungen)

Für die Coop-Mitarbeitenden ist deshalb klar: Sie wollen mit einem neuen Ge-



MUSSTEN EINEN REALLOHNVERLUST HINNEHMEN: Die Mitarbeitenden von Coop. FOTO: KEYSTONE

samtarbeitsvertrag Besserungen sehen! Dabei geht es auch, aber nicht nur, um höhere Löhne. Der Forderungskatalog ist lang: Anerkennung der Dienstjahre, bessere Vereinbarkeit von Privat- und Arbeitsleben, mehr Mitspracherechte und ein griffiger Gesundheitsschutz.

AUS DER GANZEN SCHWEIZ

Mitte Februar trafen sich über 100 aktive Unia-Mitglieder zur Coop-Fachgruppensitzung in Bern. Angereist aus dem Tes-

sin, der Ostschweiz, Zürich und der Romandie, tauschten sie sich aus und bündelten ihre Kräfte für die anstehenden Verhandlungen des Gesamtarbeitsvertrages zwischen Coop, den Gewerkschaften Unia und Syna, dem Kaufmännischen Verband sowie dem Verein der Angestellten Coop. Die erste Verhandlungsrunde fand am 25. Februar statt.

Bei der Versammlung des Coop-Personals nutzten die Leiterinnen des Detailhandels Leena Schmitter und Anne Ru-

bin die Gelegenheit, sie über die besorgniserregenden Entwicklungen bezüglich Ladenöffnungszeiten im Parlament zu informieren. Konkret geht es um die Standesinitiative «Befristete Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten». Diese fordert: Jährlich sollten zwölf Sonntage als Arbeitstage umfunktioniert werden, ganz ohne Sondergenehmigung. Aktuell können Läden an vier Sonntagen im Jahr offen haben. Zurzeit liegt die Initiative in der zuständigen Kommission des Ständerates auf dem Tisch.

DER FREIE SONNTAG

Dieser Vorstoss löst bei den Coop-Mitarbeitenden Entsetzen aus. Und hitzige Diskussionen. Denn schnell wird für die Búezerinnen und Búezer klar: Ob und wie ein Geschäft sonntags öffnen darf, ist nicht nur kantonal, sondern auch von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlich. Gegen eine nationale Erweiterung der Öffnungszeiten sind sie alle klar dagegen.

Lida Nachreiner (44) hat die erbarmungslose Personalpolitik bei Migros Online am eigenen Leib erfahren:

Chrampfen bis zum Umfallen



EIN KNOCHENJOB: Die Arbeit im Lager von Migros Online in Pratteln hat Lida Nachreiner und zahlreiche andere Mitarbeitende krank gemacht. MONTAGE: WORK

Kaputte Gelenke, krummer Rücken, ständige Schmerzen: Die Arbeit bei Migros Online hat viele Mitarbeitende krank gemacht. Doch wer längere Zeit ausfällt, riskiert die Kündigung.

CHRISTIAN EGG

Eigentlich, sagt Mona Lehner*, seien die Boxen ständig zu schwer gewesen. Bis vor einigen Monaten arbeitete sie im Lager in Pratteln BL für Migros Online. Auf einem Rollwagen schob sie die Plastikboxen durch die Gänge und füllte sie mit den

«Ich brach zusammen und konnte nicht mehr aufstehen.»

EX-MIGROS-BÜEZERIN LIDA NACHREINER

bestellten Lebensmittel. Die vollen Boxen musste sie vom Wagen nehmen und auf Paletten stapeln, immer vier übereinander. «Wenn etwa in einer Box Milchpackungen drin waren oder Kartoffeln, dann war die bis zu 30 Kilo schwer.»

So schwere Lasten sind verboten. Gestützt auf das Arbeitsgesetz, hält das Seco fest: Je nach Alter sind für Frauen maximal 10 bis 15 Kilo zumutbar, für Männer höchstens 16 bis 25 Kilo. Und nur dann, wenn jemand eine Last «gelegentlich» trägt. Doch die Mitarbeitenden bei Migros Online heben alle paar Minuten eine volle Kiste hoch.

ARTHROSE, VERSCHOBENE WIRBEL

Nach drei Jahren bekam Lehner Knieprobleme: «Es begann zu schmerzen und hörte einfach nicht auf.» Der Arzt stellte einen Meniskusschaden und Arthrose fest und schrieb sie zu 50 Prozent krank. Bei André Born* haben sich, ebenfalls durch die Arbeit bei Migros Online, drei Rückenwirbel verschoben. Seit Monaten hat er Schmerzen in der Schulter, im Arm und am Rücken. Er sei erschöpft, «körperlich und mental», sagt er zu work. Doch er arbeitet weiter.

BIS ZUM KOLLAPS

Buchstäblich bis zum Umfallen chrampfte Lida Nachreiner. Es habe mit Rücken- und Nacken-

schmerzen begonnen, so die 44-jährige zu work. Dann seien plötzliche, sehr starke Schmerzen in Hüfte und Knien dazugekommen. Vor genau einem Jahr sei es dann passiert: «Ich brach zusammen und konnte nicht mehr aufstehen.» Ihr Mann fuhr sie ins Spital. Die Ärzte seien erstaunt gewesen ob der Schäden in ihrem Körper: «Alle fragten mich, ob ich Extremsport treibe, ob ich beim Velo- oder Skifahren gestürzt sei.» Erst als Nachreiner ihnen mit dem Schrittzähler zeigt, dass sie täglich bis zu 28 Kilometer zu Fuss geht, beginnen sie zu begreifen.

Noch heute ist Lida Nachreiner zu 100 Prozent arbeitsunfähig. Am Becken und in der Lendenwirbelsäule sind mehrere Gelenke so stark geschädigt, dass ein normales Leben kaum mehr möglich ist. Sie sagt: «Wenn ich länger als eine Stunde sitze, stehe oder gehe, werden die Schmerzen zu stark und ich muss mich hinlegen.»

Sie weiss: Ein Teil der Schäden wird nicht mehr gut. «Die Ärzte sagen, das sei unheilbar.» Die Migros hat sich dagegen der Probleme entledigt: Bereits drei, vier Monate nach der Krankschreibung hat sie sowohl Lida Nachreiner als auch Mona Lehner gekündigt. Nachreiner hat jetzt Klage gegen die Migros eingereicht, die Unia unterstützt sie dabei.

«SYSTEMATISCHE MISSACHTUNG»

Markus Bardenheuer, Unia-Sekretär für die Logistikbranche, kennt zahlreiche weitere Fälle von Mitarbeitenden, die die Arbeit bei Migros Online krank gemacht hat. Mindestens sechs von ihnen hätten allein im vergangenen Jahr kurz nach Ablauf der gesetzlichen Frist die Kündigung erhalten. Die Gesundheit der Mitarbeitenden schein Migros egal zu sein, sagt er: «Laut dem, was unsere Mitglieder berichten, werden in den Logistikzentren Vorschriften und Standards systematisch missachtet.»

Die Migros schreibt auf Anfrage, sie stehe «in engem Austausch mit Behörden und Experten, um sicherzustellen, dass wir alle notwendigen Schritte unternehmen, um Gesundheit und Sicherheit unserer Mitarbeitenden zu gewährleisten». Die Boxen seien im Durchschnitt 13 Kilo schwer. Ob es eine Gewichtsobergrenze gibt, will die Migros nicht sagen. Zu den Kündigungen schreibt sie, diese erfolgten «nie leichtfertig und basieren auf einer Vielzahl von betrieblichen Notwendigkeiten und individuellen Umständen».

Erfolg: Migros hat die erste Forderung erfüllt

Der Mut der Migros-Online-Mitarbeitenden beginnt sich auszuzahlen: Migros Online will sie nicht mehr finanziell bestrafen, wenn sie krank werden. Ab März gebe es «keine Bonuskürzungen mehr», so die Migros auf Anfrage von work. Zusätzlich zum Grundlohn von mindestens 4270 Franken brutto erhalten die Mitarbeitenden monatlich einen «Bonus» von mehreren Hundert Franken. Wie dieser jeweils berechnet werde, sei niemandem klar, sagen Mitarbeitende. Festgelegt waren aber die Abzüge. Bereits bei einem halben Tag Abwesenheit pro Monat wurde bisher der Bonus um 20 Prozent gekürzt – auch wenn der Ausfall unverschuldet war wie bei Krankheit. Migros schreibt, man habe «in Zusammenarbeit mit den Personalkommissionen entschieden, in einem ersten Schritt die Bonusabzüge aus dem Reglement zu streichen».

DRUCK GEMACHT. Unia-Mann Markus Bardenheuer gratuliert den Arbeiterinnen und Arbeitern in den Verteilzentralen: «Sie haben das ungerechte Lohnsystem zum Thema gemacht. Dieser Druck hat jetzt einen ersten Erfolg gebracht.» Er bekräftigt die Forderung der Mitarbeitenden, dass sich die Migros jetzt mit ihnen und der Unia an einen Tisch setzen solle. «Damit wir auch die anderen Probleme lösen können.» Etwa bei Gesundheitsschutz und Arbeitsklima bestünden nach wie vor viele Missstände. Wer zum Beispiel falsch parkiert, dem wird der Bonus um 100 Franken gekürzt. Wer im Logistikzentrum Bremgarten das WC verlässt, ohne die Hände zu waschen, wird mit 200 Franken gebüsst. Die Mitarbeitenden fordern: Der Bonus muss in den Fixlohn integriert werden, um missbräuchliche Abzüge in Zukunft zu verhindern. (che)

Das Motto des Migros-Gründers Gottlieb Duttweiler war: «Der Mensch und nicht der Franken gehört in den Mittelpunkt der Wirtschaft.» Was die Unia in den letzten Monaten bei der Online-Tochter des orangen Riesen erfahren hat, ist das genaue Gegenteil. Bardenheuer sagt: «Damit das Geschäft rentiert, treibt Migros die Leute ständig zu noch mehr Leistung an. Und wenn jemand davon krank wird, wird er oder sie wie eine defekte Maschine weggeworfen.»

Standort Pratteln Miese Tricks der Migros

In Pratteln will eine Mehrheit, dass die Migros mit der Unia an einen Tisch sitzt. Die Migros reagiert mit einer Falschinformation.

CHRISTIAN EGG

Am Standort Pratteln BL von Migros Online regt sich Widerstand. Die Mitarbeitenden haben acht Forderungen für bessere Arbeitsbedingungen aufgestellt. Eine Mehrheit der rund 130 Mitarbeitenden hat mittlerweile die Unia schriftlich beauftragt, ihre Inter-



ZU SCHWERE KISTEN: Mitarbeitende der Migros wehren sich. FOTO: PD

essen zu vertreten. Mitte Januar forderte die Unia die Migros-Tochter zu Verhandlungen auf. Migros Online lehnte ab. Und trommelte die Mitarbeitenden zusammen, um die Gewerkschaft schlechtzureden. work weiss: An der Versammlung behauptete eine Kaderfrau, die Unia habe «kein Recht, unsere Mitarbeitenden gegenüber uns zu vertreten».

QUATSCH. Das ist falsch. Nicht die Migros entscheidet, wer die Mitarbeitenden vertritt. Das bestimmen die Mitarbeitenden selber.

Doch Migros Online bastelt sich offenbar lieber einen Sozialpartner nach eigenem Gusto: eine Personalkommission (Peko). work weiss: Die Peko am Standort Pratteln hat drei Mitglieder. Es sind zwei Kaderleute und eine Vertreterin der Personalabteilung. Unklar ist dagegen, ob und wie die drei gewählt wurden. Laut Unia-Mann Bardenheuer wurden die Mitarbeitenden zwar im letzten Herbst informiert, dass sich Kandi-

Nicht die Migros kann entscheiden, wer die Mitarbeitenden vertritt.

dierende melden könnten. «Aber eine Wahl, sei es schriftlich oder an einer Versammlung, hat nicht stattgefunden.»

Die Migros schreibt dazu, es hätten sich in Pratteln nur drei Personen für die drei Sitze beworben, so dass eine stille Wahl erfolgt sei. An den anderen Standorten seien es mehr Bewerber gewesen, und «insgesamt» sässen «mehrere Personen aus der Logistik» in den Pekos. Die Sprecherin betont, man habe den «Mitarbeitenden immer kommuniziert, dass sie sich jederzeit jeder Gewerkschaft anschliessen dürfen».

EIGENTOR? Möglicherweise hat sich der orange Riese selber ein Bein gestellt. Denn rechtlich gesehen stärkt er mit seiner Haltung die Ausgangslage der Mehrheit, die die Unia mandatiert hat. Gegenüber dem «Kassensturz» von SRF stellte Rechtsprofessor Thomas Geiser klar: Natürlich könne sich die Migros weigern, mit der Unia zu verhandeln. Dann müsse sie aber mit Kampfmassnahmen rechnen, etwa einem Streik.

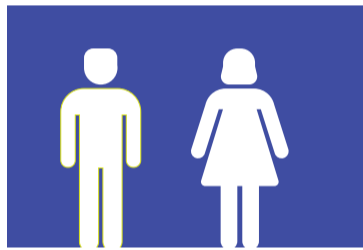
*Namen geändert

Für die Freiheit gerichtlich kämpfen

NEUENBURG. 2023 verbot die Gemeinde Neuenburg dem feministischen Streik einen Demouzug auf der zentral gelegenen Avenue de la Gare. Trotz einer Beschwerde beim Kantonsgericht will die Gemeinde nicht von diesem Verbot abrücken. Amnesty International, das Neuenburger Kollektiv für den feministischen Streik, die Unia und der VPOD unterstützen jetzt eine Beschwerde beim Bundesgericht, damit das Demonstrationsrecht in der Schweiz auch auf zentralen Plätzen und Strassen gewährleistet bleibt.

Doch noch bezahlt auf die Toilette

BOUDRY NE. Nach der Affäre um das Ausstempeln für Toilettengänge bei Singer gewährt die Uhrenfirma ihren weiblichen Angestellten jetzt 30 Minuten mehr



PAUSEN: Uhrenfirma gibt 1 Minute und 12 Sekunden WC-Zeit. FOTO: ADOBE

Pausenzeit pro Monat. Das Kantonsgericht hatte die vorherige Regelung mit unbezahlten WC-Pausen als diskriminierend beurteilt. Mit der neuen Regelung haben die Frauen bei Singer mit einem Vollzeitpensum jetzt eine Minute und 12 Sekunden pro Arbeitstag für ihre WC-Pausen zur Verfügung und werden in dieser Zeit bezahlt.

Übernehmen und schliessen

DRESDEN. Das deutsche Unternehmen Sunfire, das in der Wasserstoffproduktion tätig ist, schliesst seinen Standort in Monthey VS. Das Unternehmen begründet die Schliessung und die Verlagerung nach Deutschland mit fehlender wirtschaftlicher Rentabilität. Sunfire hatte das Schweizer Alkali-Elektrolyse-Unternehmen IHT erst vor vier Jahren übernommen. Von der Schliessung des Walliser Standorts sind 69 Angestellte direkt betroffen. Die Unia Wallis unterstützt die Belegschaft bei der Aushandlung eines Sozialplans.

Migros entlässt 625 Mitarbeitende

ZÜRICH. Die Migros schliesst per Ende Juni 31 Standorte des Fachmarkts «Do it + Garden». Von den Schliessungen sind 466 Mitarbeitende betroffen. Der Verkauf von Micasa und die Schliessung von «Do it + Garden» führt dazu, dass die Dachorganisation Migros Fachmarkt AG bis Ende Januar 2026 ihre Aktivitäten einstellt und dort weitere 159 Angestellte entlassen werden. Unklar ist im Moment noch, ob die 25 Alnatura-Bio-Supermärkte in der Deutschschweiz bestehen bleiben. Die Unia fordert von der Migros, die 2024 einen Rekordumsatz machte, den vollständigen Verzicht auf Entlassungen.

workonline Unsere Top-Artikel auf workzeitung.ch

Mit Kliniken Kasse machen



DICKES GESCHÄFT MIT DEN KRANKEN: Der Walliser Antoine Hubert ist Delegierter des Verwaltungsrates der Klinikgruppe Swiss Medical Network. FOTO: KEYSTONE

Die Privatklinikgruppe Swiss Medical Network (SMN) ist neue Besitzerin des Regionalspitals Zofingen AG. Zusammen mit der Krankenkasse Visana will SMN in der ganzen Schweiz integrierte Gesundheitsversorgungssysteme aufbauen. Die Gewerkschaft VPOD und die SP kritisieren diese Pläne. Für den VPOD ist der Verkauf des Regionalspitals ein Angriff auf die öffentliche Gesundheitsversorgung und auch nicht im Interesse der 770 Mitarbeitenden.

Für die Gewerkschaft ist der Verkauf des Spitals ein Angriff auf die Gesundheitsversorgung.

Zusätzlich zum Angebot von SMN offeriert die Krankenkasse Visana den «Viva Gesundheits-

plan» und ködert Versicherte mit etwas tieferen Prämien. Mit dem Zukauf des Spitals Zofingen soll das entsprechende Versicherungsmodell bei der Visana im Kanton Aargau eingeführt werden. SMN schreibt: «Unser Ziel ist es, diesen Ansatz bis 2030 auf alle Regionen der Schweiz auszuweiten, in denen wir vertreten sind.» Für die Ärztin und Aargauer SP-Grossrätin Lucia Engeli ist dieser Plan ein Skandal: «Eine Krankenkasse hat in einem Spital nichts zu suchen. Es müsste verboten sein, dass der Versicherer auch selber der Leistungserbringer ist. Zielkonflikte sind programmiert!»



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](https://workzeitung.ch/rebrand.ly/medical-network)
rebrand.ly/medical-network

So holen Sie work auf Ihr Handy



Täglich finden Sie neue Artikel auf unserer Website: www.workzeitung.ch

Und so installieren Sie sich work auf dem Handy wie eine App: Öffnen Sie [workzeitung.ch](https://www.workzeitung.ch) im Browser Ihrer Wahl (Firefox, Safari usw.).

Für iPhone: Klicken Sie auf das Teilen-Symbol, scrollen Sie nach unten und wählen Sie «Zum Home-Bildschirm».

Für Android: Tippen Sie oben rechts auf das Drei-Punkte-Menü, dann auf «Zum Startbildschirm» zufügen.

Sie finden uns auch auf Facebook, Instagram und TikTok!

Verdi-Mann zur Deutschlandwahl: «Gewerkschafter denken nach vorne!»

Im work-Interview spricht Jan Jurczyk von der Gewerkschaft Verdi über die politischen Verhältnisse und die Stimmungslage in Deutschland vor der



Bundestagswahl. Jurczyk sagt, warum die solidarische Gemeinschaft aus Arbeitnehmenden unterschiedlichster Herkunft, Hautfarbe und Religion in dieser Zeit besonders wichtig ist und wie sich die Gewerkschaften als starke Partner und starke Player für die Interessen der Arbeitnehmenden einsetzen. Er sagt: «Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter denken nach vorne und grundsätzlich positiv.»



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](https://workzeitung.ch/rebrand.ly/verdi)
rebrand.ly/verdi

Orell Füssli geht gegen Medien und Mitarbeitende vor

Bücher kosteten bei Orell Füssli am meisten. Die Löhne dagegen seien sehr tief. Diese simple Feststellung machte kürzlich das Konsumentenmagazin «Saldo». Und untermauerte den Bericht mit Aussagen eines Ex-Filialleiters und Preisvergleichen. Die

Nummer eins im Schweizer Buchhandel reagierte brachial und verlangte die Löschung des Artikels und eine Richtigstellung. Das Onlineportal Nau.ch, das die Recherche kopiert hatte, knickte ein, der «Saldo» nicht. Nun zeigen work-Recherchen: Der Konzern hat seinen Mitarbeitenden ein striktes Redeverbot erteilt. Trotzdem haben mehrere Buchhändlerinnen ausgepackt. Sie klagen unter anderem über systematische Gratisarbeit und ein von Angst und Stress geprägtes Arbeitsklima. Der Konzern dementiert. Die zuständige Gewerkschaft Syndicom will die Sache jetzt untersuchen.



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](https://workzeitung.ch/rebrand.ly/fuessli)
rebrand.ly/fuessli

Protestierende geben Rieker den Schuh

Die Interprofessionelle Gewerkschaft der Arbeiter:innen (IGA), eine kleine Basisgewerkschaft aus Basel, demonstrierte vor dem Hauptsitz des Schaffhauser Schuhherstellers Rieker. Mit der Aktion solidarisiert sich die IGA mit den 27 Arbeiter:innen, die in Tunesien wegen eines Streiks entlassen und teils verhaftet wurden. Markus Rapp, der CEO und Verwaltungsratspräsident der Rieker Group, schwieg wochenlang. Nun sagt er zu work: «Wir respektieren die Arbeitsrechte, und die Vorwürfe zum Thema Arbeitssicherheit sind komplett falsch.» Und: Rieker werde an den Anzeigen festhalten und statt mit der streikenden Gewerkschaft UGTT mit der UTT verhandeln. Diese ist eine Abspaltung ersterer und gilt als unternehmerisch und regimetreu.



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](https://workzeitung.ch/rebrand.ly/rieker)
rebrand.ly/rieker



TOXISCHER ARBEITSPLATZ: Bei ihrer Arbeit in der Filiale von «Five Guys» in Genf wurde eine junge Frau mehrfach sexuell belästigt. FOTO: PIXABAY

Übergriffiges Verhalten bei «Five Guys» Prozess wegen sexueller Belästigung in Fast-Food-Laden

Sexuelle Belästigung ist in der Gastrobranche ein verbreitetes Problem. Ein konkreter Fall bei der Fast-Food-Kette Five Guys in Genf wird jetzt vor Gericht verhandelt. Die betroffene Frau wandte sich zusammen mit fünf Kollegin-

nen an die Unia, weil ihre Vorgesetzten nichts gegen die Belästigungen unternommen hatten.



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](https://workzeitung.ch/rebrand.ly/prozess)
rebrand.ly/prozess

Kein Schutz für Whistleblower: Syndicom kritisiert Postcom

Im liberalisierten Postmarkt müsste die Postcom für die Einhaltung der Mindestlöhne sorgen. Doch zum von work aufgedeckten Fall des unterbezahlten Zeitungsverträgers Martin Weiss wollte sich die Behörde nicht äussern. Weiss könne sich aber direkt melden und seine Lohnzahlungen offenlegen, so die Postcom. Die Sache hat einen grossen Haken: Die

Postcom schützt Mitarbeitende, die einen Missstand melden, sogenannte Whistleblower, nicht vor einer Retourkutsche des Arbeitgebers. Dieser hätte laut Postcom nämlich vollumfänglich Akteneinsicht und könnte so einfach in Erfahrung bringen, wer ihn angeschwärzt hat. Die zuständige Gewerkschaft Syndicom kritisiert: «Diese Regelung hemmt potentielle Anzeigen.» Die Postcom müsse die volle Anonymität garantieren.



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](https://workzeitung.ch/rebrand.ly/postcom)
rebrand.ly/postcom



STOLZER GESELLE: Jürgen Häckler ist Zimmermann aus Überzeugung. Trotzdem kann er sich einen Berufswechsel vorstellen. FOTO: RAJA LÄUBLI

Zimmermann Jürgen Häckler (51) über seinen Beruf: «Geiler Job, aber die Wertschätzung fehlt»

Zimmerleute seien ein stolzes und konservatives Völkchen. Das helfe beim Schaffen, aber bremse beim Zahntag, sagt Jürgen Häckler. Wo es Nägel mit Köpfen braucht, weiss er genau.

JONAS KOMPOSCH

Strümpfelbach ist schuld. Daran, dass Unia-Mitglied Jürgen Häckler dieser Tage in Marderkot graben muss. «Das Viech hat ganze Arbeit geleistet», sagt der Zimmermann, «das Unterdach ist völlig zerfressen, und der Marder hat sein Klo mitten in der Isolationsschicht angelegt!» Die Steinwolle sei stellenweise regelrecht durchtränkt von Urin und Dreck. Nicht gerade appetitliche Bütz, zumal beim betroffenen Bauernhaus im Zürcher Säuliamt noch verfaulte Balken hinzukommen. Doch Häckler stört es nicht. Er ist in seinem Element: «Altbau liebe ich einfach», strahlt er. Und das habe eben auch mit Strümpfelbach zu tun, seinem Geburtsort.

Das Weinbauerdorf in der Nähe von Stuttgart ist ein wahres Juwel. Sonnige Rebhänge und lauschige Obstgärten umgeben den Flecken. Im Ortskern dominieren imposante Riegelhäuser aus dem 16. Jahrhundert. Postkartenidylle pur! Kenner handeln Strümpfelbach sogar als das schönste Fachwerkhäuserdorf Deutschlands. So weit will Häckler nicht gehen, doch: «Bei all den Meisterbauten war eigentlich klar, dass ich dieses Handwerk lernen wollte.» Und so wurde aus dem Bauernsohn ein Zimmermann. Und zwar einer, wie er im Buche steht.

GESELLENBRUDER MIT BERUFSEHRE

Nach der Lehre schloss sich Häckler den Freien Vogtländern an, einer Gesellenbruderschaft mit über 100jähriger Geschichte – und eigentümlicher Tradition. So muss man zum Zeitpunkt der Aufnahme unverschuldet, unverheiratet sowie vorstrafen- und kinderlos sein. Und jeder Geselle muss sich einer Gewerkschaft anschliessen. An politischen Demonstrationen oder gar Krawallen dürfen sich wandernde Gesellen indes nicht beteiligen. Die Berufsehre mahnt! Ausgenommen sind einzig Gewerkschaftsanlässe. An solchen kreuzen die «Hölzi-

gen» auch mal in der typischen Kluft auf. Also mit Weste, Filzhut und schwarzen Zunftshosen. Natürlich ging auch der junge Häckler auf Wanderschaft, zweieinhalb Jahre, ohne je einen Fuss in die Heimat zu setzen – so wollen es die Walzvorschriften. Dafür lernte er Italien, Österreich und die Schweiz kennen. Die Zürichseeregion gefiel ihm sogar so gut, dass er um 2005 nach Wädenswil auswanderte und dort eine Familie gründete. Und was sagt er zu seinem Metier nach über dreissig Berufsjahren?

BLAUMACHEN GIBT'S NICHT

Für Häckler ein klarer Fall: «Es ist immer noch mehr eine Berufung als ein Beruf.» Die Zimmerkunst sei etwas sehr Erfüllendes und Kreatives. Klar gehe das Handwerk etwas verloren. Weil bei Neubauten heute industriell vorproduzierte Elemente

ONLINE-UMFRAGE

«Holz hat Zukunft – gestalte sie mit!»

Die Holzbranche boomt, doch die Arbeitsbedingungen hinken hinterher – auch im Vergleich mit verwandten Branchen. Dabei sind gerade sie der Schlüssel zur Zukunft! Aber was genau würde die «hölzigen» Berufe attraktiver machen? Das will die Unia von allen Zimmerleuten, Schreinerinnen, Drechslern und Holzindustriefachleuten wissen. Nehmen auch Sie jetzt an der Online-Umfrage teil, und helfen Sie mit, die Branche zu stärken! rebrand.ly/holzbranche



zum Einsatz kämen. Andererseits habe der Baustoff Holz enormes Potential. Häckler verweist auf den weltweit höchsten Holzwohnturm, der demnächst in Winterthur gebaut wird. Zimmermann bleibe jedenfalls «ein geiler Job!».

Dennoch will Häckler die Schattenseiten nicht verschweigen. Die Branche habe drei grosse «Baustellen» anzugehen: die Wertschätzung, den Lohn und das Rentenalter. Beim ersten Punkt bestehe «ganz heftig» Handlungsbedarf. Er habe schon Chefs erlebt, die ihre Mitarbeitenden immer nur «meine Nasen» genannt hätten. Für Häckler ein übles Zeichen der Geringschätzung. Genau wie der leidige Karenztag, also die Regel, wonach es für den

ersten Krankheitstag null Entschädigung gibt. «Das nervt fast am meisten», sagt Häckler. Arbeitgeber pochen gemeinhin auf Karenztage, um blaue Montage zu verhindern. Häckler winkt ab: «Ich habe schon in sehr vielen Buden gearbeitet, aber nirgends war Blaumachen ein Thema.» Zu gross sei der Berufsstolz der Zimmerleute. Und zu ehren sei hier noch das Gesetz,

Die grossen Baustellen: Wertschätzung, Lohn und Rentenalter.

wonach am Morgen auch schaffen möge, wer abends saufen könne. «Wir sind halt ein konservatives Völkchen», erklärt Häckler. Viele Zimmerleute stammten aus einem bäuerlich-ländlichen Milieu. Das sei gut für die Arbeitsmoral, aber hinderlich in Dingen wie dem Lohn: «Darüber zu reden ist für viele noch ein Tabu!»

NEUES SELBSTBEWUSSTSEIN NÖTIG

Im Vergleich mit verwandten Branchen sind die Holzbau-Löhne klar unterdurchschnittlich. Dies, obwohl Zimmerleute eine anspruchsvolle Ausbildung absolvieren und körperlich viel leisten müssen. Und im Unterschied etwa zu Maurern können sie selten auf einen Kran zurückgreifen. Häckler, mit deutschem Meisterbrief im Sack, verdient 6200 Franken brutto. Er kenne viele, die in den Fassadenbau gewechselt hätten, wo deutlich mehr gezahlt werde. Auch Häckler kann sich einen Berufswechsel vorstellen.

Auch weil er weiss, dass kein Körper ewig bolzen kann. Und: Eine Frührentierung fehlt. Dabei wäre diese vor über zwanzig Jahren zum Greifen nah gewesen. Der Holzbau unterstand damals noch dem Landesmantelvertrag (LMV) des Bauhauptgewerbes. Und dieses führte 2003 den flexiblen Altersrücktritt (FAR) ab 60 Jahren ein. Doch die Holzbau-Patrons stiegen kurzerhand aus dem LMV aus. Und drückten später einen GAV durch, der auch in anderen Punkten hinter den LMV zurückfällt. Häckler findet das kontraproduktiv: «Die Firmen sparen sich seither gegenseitig kaputt!» Er plädiert für einen «Cut»: Um attraktiv zu werden, müsse die Branche wieder selbstbewusst auftreten. Heisst: die Arbeitsbedingungen modernisieren und die Preise neu kalkulieren. Häckler ist überzeugt: «Das wäre eine Chance für alle!»

LMV-Jahr 2025, los geht's! Bau-Büezer hecken Pläne aus

Bald ist es wieder so weit: Der Landesmantelvertrag fürs Bauhauptgewerbe (LMV) wird neu verhandelt. Der aktuelle gilt noch bis Ende Jahr. Schon letzten Herbst hat die Unia-Bauarbeiter-Vollversammlung ihre Forderungen besiegelt. Die wichtigsten:

- kürzere Arbeitstage,
- eine bezahlte Znünipause,
- Schluss mit 30 Minuten unbezahlter Reisezeit pro Tag,
- eine anständige Lohnerhöhung für alle.

Taten will man aber auch beim automatischen Teuerungsausgleich sehen, bei den Mittagsspesen oder dem Hitzeschutz.

STRATEGIE GEHEIM. Mitte Februar haben sich nun die Baupräsidenten, also die gewählten Bauarbeiter-Obmänner der Unia-Regionen, in Thun zu einer Retraite zurück-

Überall fordern Büezer und Büezerinnen Respekt für ihre Arbeit.

gezogen. Dies, um die Forderungen zu präzisieren und Strategien zu ihrer Durchsetzung zu entwickeln. Schliesslich naht die erste Verhandlungsrunde mit den Meistern. Wie aber die ausgeheckten Pläne aussehen, behalten die Bauleute für sich. Chris Kelley, Co-Leiter Bau bei der Unia, verrät nur so viel: «Die Kollegen wissen ganz ge-



LMV 2025: Respekt für Büezerinnen und Büezer! Grosse Bau-Demo am 17. Mai 2025. BILD: UNIA

nau, was sie brauchen und wie sie es bekommen können.» Und fest entschlossen seien sie schon lange.

Zeigen wird sich das schon am 17. Mai – und zwar gleich zweifach: In Zürich werden sich die Bauleute aus der Deutschschweiz und dem Tessin zu einer Grossdemo versammeln. Und die Kolleginnen und Kollegen aus der Romandie werden zeitgleich in Lausanne die Strassen fluten. Aber egal, ob Ost oder West: überall forderten die Arbeiter das gleiche, sagt Chris Kelley: «Ganz einfach Respekt für ihre Arbeit.» Und das heisse konkret: familienfreundliche Arbeitszeiten und eine Stärkung der Kaufkraft.

ERNEUT REKORD-BOOM. Wie immer in GAV-Verhandlungen werden die Unternehmer behaupten, praktisch keinen Spielraum für wirtschaftliche Verbesserungen zu haben. Die Konjunkturdaten sprechen eine andere Sprache: 2024 wurden landesweit Bauprojekte in der Höhe von 56,6 Milliarden Franken bewilligt – so viel wie nie in den letzten zehn Jahren. Das Fachmagazin «Baublatt» spricht von einem «hervorragenden» Jahresergebnis. Und: Die Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich (KOF) geht auch für 2025 von weiter steigenden Investitionen aus. Gleicher Trend bei den Baugesuchen. Sie zeigen seit 2022 stabil nach oben. (jok)

Unia Queer LGBTQI- Treffen in Bern

Queere Arbeitnehmende machen einen wichtigen Teil der arbeitenden Bevölkerung aus. Neben Diskriminierungen im Alltag sind sie oft auch Druck am Arbeitsplatz ausgesetzt. Doch: Gewerkschaftlicher Widerstand gegen alle Formen von Diskriminierung hat Tradition. Am ersten nationalen LGBTQI-Treffen der Gewerkschaft Unia blicken queere Mitglieder und Mitarbeitende gemeinsam auf diese Tradition zurück. Expertinnen und Experten sprechen über die Situation heute, und die Teilnehmenden diskutieren, wie Verbesserungen für queere Arbeitnehmende erreicht werden können.

Unia-Queer-Treffen, 1. März, 10 bis 16 Uhr, Unia-Zentralsekretariat, Weltpoststrasse 20, Bern. Anmeldung unter rebrand.ly/unia-queer.

Rassismus in der Schweiz

«Was ich dir nicht sage»

Im Buch «Was ich dir nicht sage» schreibt die Soziologin und Antirassismus-Trainerin Anja Nunyola Glover über ihre persönliche Geschichte und strukturellen Rassismus in der Schweiz. Während sie sich von einer Rückenverletzung erholt,

befasst sie sich mit den emotionalen Gründen und dem «Racial Trauma», das sie als Ursprung ihrer Verletzung erkennt. Glover verwebt autobiographische Erlebnisse mit gesellschaftskritischen Analysen und zeigt, wie tief Rassismus das Zusammenleben durchdringt und wie weit er zurückreicht. Und sie stellt Fragen zur Arbeitswelt und wie diese ohne Rassismus und Sexismus aussehen könnte.

Anja Nunyola Glover: **Was ich dir nicht sage**, Agentur Nunyola 2025, 298 Seiten, ca. Fr. 27.–.

Gewalt an Frauen So kommt's zum Femizid

Über 27 Jahre war Loredana Galeato mit ihrem gewalttätigen Mann zusammen. Erst nach Jahren der Demütigungen, Schlägen und Drohungen schafft sie es, mit ihrer Tochter vor ihm zu flüchten und ihn zum dritten Mal anzuzeigen. Der Mann erhält ein Kontaktverbot. Doch dies hält ihn nicht davon ab, Galeato zu stalken. Sogar bei der Arbeit belästigt er sie – und greift sie irgendwann mit einem Messer an. Seit dem Mordversuch sitzt Galeato im Rollstuhl. Doch ihre Geschichte ist kein Einzelfall. Eine neue Doku aus dem Hause SRF zeigt die Systematik hinter dem Phänomen Femizid. Und was grundsätzlich falschläuft in diesem Land.

Ermordet, weil sie Frauen sind – Femizide in der Schweiz, SRF-Doku von Elvira Stadelmann. Online unter rebrand.ly/femizideschweiz.

Das persönliche Buch zum Vergewaltigungsfall Pelicot «Und ich werde dich nie wieder Papa nennen»



Mit dem Buch «Und ich werde dich nie wieder Papa nennen» gewährt Caroline Darian, die Tochter von Gisèle Pelicot, einen erschütternden Einblick in ihre Familiengeschichte. Ihr Vater ist verantwortlich für über 80 Vergewaltigungen an ihrer Mutter. Auch sie selbst wurde Opfer von seinen Betäubungen.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Es klingt wie ein Alptraum. Doch was Gisèle Pelicot durchmacht, ist die schreckliche Realität: Ihr Ehemann, Dominique Pelicot, hat ihr jahrelang Betäubungsmittel verabreicht und sie von über 80 Männern im Alter zwischen 22 und 72 Jahren vergewaltigen lassen. Die Taten hielt ihr Ehemann auf Videos und Fotos fest. Diese sexuellen Übergriffe, von denen die Betroffene keine Erinnerung hat, fanden mindestens seit September 2013 statt.

«Das Schreiben war Therapie.»

AUTORIN CAROLINE DARIAN

Aufgedeckt wurden die Missbräuche erst im Jahr 2020 durch Zufall. In einem Einkaufsladen filmte Dominique Pelicot mit dem Handy drei Frauen unter dem Rock. Diese wehrten sich und zeigten ihn an. Damit brachten sie einen enormen Stein ins Rollen. Caroline Darian, die Tochter der Pelicots, schreibt: «Diese Frauen haben das Leben meiner Mutter gerettet!»

DER SCHOCK

Das Buch von Darian, aufgebaut wie ein Tagebuch, gewährt einen sehr persönlichen Einblick in die Geschehnisse seit dem Bekanntwerden der sexuellen Missbräuche ihres Vaters. Sie schreibt chronologisch, wie die Familie von den Vorwürfen erfuhr, wie sich diese auf das Vater-Tochter-Verhältnis auswirkten und welche Wut die Greuelthaten des Familienvaters nicht nur bei den Angehörigen, sondern in ganz Frankreich auslösten. Unter dem Motto: «La honte doit changer de camp – die Scham muss die Seite wechseln» zieht Gisèle Pelicot den Prozess an die Öffentlichkeit. Ausser einer öffentlichen Ansprache nach Bekanntgabe des Urteils steht sie aber nie vor die Kameras, spricht mit keiner Zeitung und gibt keinen Einblick in ihr persönliches Befinden. Anders die Tochter: «In meiner Not war das Schreiben dieses Buches eine Art Therapie», sagt sie in einem Interview mit dem WDR.



MUTTER UND TOCHTER IM FOKUS DER ÖFFENTLICHKEIT: Caroline Darian (l.) und ihre Mutter Gisèle Pelicot lebten mit einem Mann zusammen, der sich als Monster entpuppte. FOTO: KEYSTONE

Bereits in den ersten Kapiteln schildert sie, wie sie im November 2020 von den Missbräuchen erfuhr. Darian berichtet zunächst, wie normal ihr Leben davor war. Haus, Ehemann, Kind, ein guter Job. Das Verhältnis zu den zwei Brüdern und den Eltern gut, eine unscheinbare und ganz normale Familie. Bis zum Anruf ihrer Mutter: «Caro, dein Vater ist in Polizeigewahrsam. Er hat mich mit Schlafmitteln und Beruhigungsmitteln betäubt. Er hat ausserdem Männer in unser Haus eingeladen, während ich bewusstlos im Schlafzimmer lag.» Diese Informationen brachen über Darian herein wie ein Tsunami. «Ich drehe durch. Ich schreie, beschimpfe meinen Vater. Ich werde alles kurz und klein schlagen», schreibt sie.

DER MUT

Auf den folgenden 200 Seiten beschreibt sie, wie immer mehr Details zu den ekelhaften Taten ihres Vaters ans Tageslicht kamen. Schon viele Jahre war die Familie besorgt über den Gesundheitszustand der Mutter. Sie litt unter starker Erschöpfung, hatte Gedächtnislücken und isolierte sich immer mehr. Erst jetzt wurde klar: Schuld daran war die immense Menge an Betäubungsmitteln, die sie von ihrem Mann verabreicht bekam. Ein weiterer Schock

für die Familie: Auf seinem Computer haben die Ermittler Hunderte Dateien von sexuellen Übergriffen auf die Ehefrau gesichtet. Darunter auch zwei Fotos, auf denen die Tochter selbst zu sehen ist.

Das Buch ist keine leichte Kost. Für die Vergewaltigungen muss Dominique Pelicot 20 Jahre in Haft. Gegen den Täter wird wegen weiterer Anschuldigungen weiterermittelt. 50 mitangeklagte Männer verurteilte das Gericht zu Haftstrafen zwischen 3 und 15 Jahren.

Gisèle Pelicot wird in Frankreich und weltweit als feministische Ikone gefeiert. Ihr Mut, den Prozess in die Öffentlichkeit zu ziehen, bestärkt viele Opfer, über sexuellen Missbrauch zu sprechen und ihn anzuzeigen. Zudem hat der Fall Pelicot in Frankreich eine Debatte über das Sexualstrafrecht entfacht.



Caroline Darian: **Und ich werde dich nie wieder Papa nennen**. Erschienen beim Verlag Kiepenheuer & Witsch, Januar 2025, 222 Seiten, ca. Fr. 35.–.

work1xl der wirtschaft

Reto Wyss



STROMMARKT: SCHWEIZER GRUNDVERSORGUNG BEWÄHRT SICH

Wir erinnern uns: Im Zuge der russischen Invasion in die Ukraine kam es an den Energiemärkten zu grossen Verwerfungen. Die Strompreise stiegen danach in den meisten europäischen Ländern quasi über Nacht sprunghaft an, teilweise kam es zu Verfünffachungen! Doch in der Schweiz blieben die Preise für Kleinkundinnen und -kunden zunächst stabil. Das hat damit zu tun, dass wir hier für Haushalte und KMU immer noch eine geschützte Grundversorgung kennen – mit regulierten Preisen, die nur einmal jährlich angepasst werden dürfen.

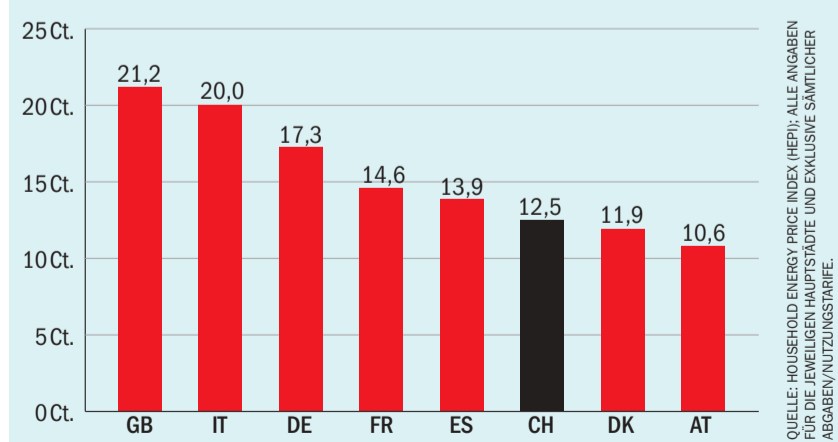
TIEFES NIVEAU. Natürlich ist auch die Schweiz nicht immun gegen Preisschwankungen an den internationalen Märkten: Die Haushalte bekamen dies mit den Tarifierhöhungen der letzten beiden Jahre schmerzhaft zu spüren. Allerdings war der Preisanstieg erstens geglättet und nicht sprunghaft, und zweitens ist das Preisniveau für Kleinkundinnen und -kunden in der

Schweiz im relevanten europäischen Quervergleich auch heute sehr tief, wie die Grafik zeigt. Besser schneiden nur Dänemark und Österreich ab. Und dies hauptsächlich deshalb, weil diese beiden Länder schon seit Jahren viel stärker auf erneuerbare Energien setzen: Zwar kostet der Bau von Windrädern zunächst etwas, doch der Wind weht danach gratis.

Tief sind die Preise in der Schweiz vor allem deshalb, weil fast zwei Drittel des an Schweizer Steckdosen gelieferten Stroms aus einheimischer Wasserkraft stammen (dank den öffentlichen Investitionen unserer Vorväter und -mütter). Und – ganz wichtig – weil dieser Strom in der Grundversorgung nur zu Produktionskosten verkauft werden darf. Und eben nicht zu Marktpreisen, die plötzlich sprunghaft ansteigen können, wie wir gesehen haben.

INVESTITIONEN. Damit dieses Regime weiterhin Bestand hat, braucht es zweierlei: eine vernünftige Preis-

So gut steht die Schweiz im europäischen Vergleich da (Energietarife in Eurocent pro kWh, Dez. 2024)



regulierung und Planbarkeit für die nötigen massiven Investitionen in den Zubau erneuerbarer Energien. Beides gibt es nur, wenn die Energieversorgung weiterhin als Service public organisiert bleibt. Doch im Rahmen des mit der EU verhandelten Strom-

abkommens droht leider das Gegenteil: eine komplette Marktöffnung und die Abschaffung der Grundversorgung, wie wir sie heute kennen.

Reto Wyss ist Ökonom beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB).

Femizide in der Schweiz

**Acht ermordete Frauen
in acht Wochen**

Die Entwicklung der Femizide für das aktuelle Jahr ist erschreckend. Jede Woche im Jahr 2025 wurde in der Schweiz eine Frau ermordet, weil sie eine Frau ist. Es braucht mehr Gewaltprävention.

DARIJA KNEŽEVIĆ

In acht Wochen wurden in der Schweiz acht Frauen von ihrem Ehemann, Ex-Mann, Partner, Vater, Sohn oder anderen Männern aus ihrem Umfeld ermordet. Der Grund: Sie waren Frauen. Die Anzahl Femizide hat sich im Vergleich zum Februar 2024 verdoppelt.

Bleritë Berisha, Co-Geschäftsleiterin der Dachorganisation Frauenhäuser Schweiz und Liechtenstein, ist alarmiert: «Die aktuelle Entwicklung der Femizide ist erschütternd und inakzeptabel. Wo bleibt der Aufschrei?» Häusliche Gewalt hat ihre Wurzeln in patriarchalen Strukturen. «Das bedeutet, dass die gesamte Gesellschaft und ihre Institutionen eine Rolle spielen – durch ungleiche Machtverhältnisse, Rechte und strukturelle Bedingungen», so Berisha.

«Wir brauchen mehr Geld für die Sicherheit der Frauen in diesem Land.»

SP-NATIONALRÄTIN
TAMARA FUNICIELLO

Auch für SP-Nationalrätin Tamara Funicello führen diese Femizide zu einer untragbaren Situation: «Wir brauchen mehr Geld für die Sicherheit der Frauen in diesem Land. Stattdessen kürzt der Bundesrat das Budget für die Ausbildung von Opferberaterinnen und schiebt die Verantwortung an die Kantone ab. Gewalt an Frauen, Mädchen und weiteren Betroffenen muss ernst genommen werden, denn sie kann tödlich enden.»

ZU HAUSE AM GEFÄHRLICHSTEN

2017 unterzeichnete die Schweiz die Istanbul-Konvention des Europarats. Dadurch ist sie verpflichtet, genügend Schutzplätze für Opfer von häuslicher Gewalt bereitzustellen. Doch acht Jahre später ist die Zahl der Plätze für Erwachsene ungenügend: Die Kapazität der Frauenhäuser ist nur ein Viertel dessen, was die Konvention verlangt. Berisha: «Die aktuelle Situation der Schutzplätze ist für so ein reiches Land wie die Schweiz schlicht beschämend. In Bundesbern, aber auch in den Kantonen muss die Sicherheit von Frauen und weiteren Betroffenen mehr Priorität haben. Gleichzeitig werden feministische Themen nicht genug ernst genommen.»

Denn die Zahlen zeigen deutlich: Der gefährlichste Ort für eine Frau ist ihr Zuhause. Dazu sagt SP-Nationalrätin Funicello: «Wenn man von Sicherheit in der Schweiz spricht, muss man auch hinschauen, wo Gewalt passiert.»

MONEY, MONEY, MONEY

Um diese Gewalt zu stoppen, braucht es vor allem Geld. Deshalb fordern jetzt diverse Organisationen, darunter auch Brava (ehemals Terre des Femmes), vom Bundesrat 350 Millionen Franken für die Präventionsarbeit

der Scheidung kommt Aslan in finanzielle Not und bezieht deshalb Sozialhilfegelder. Und genau das wird ihr zum Verhängnis. Denn jetzt droht ihr das Migrationsamt des Kantons Solothurn mit der Ausschaffung – weil sie arm ist! Die ganze Geschichte von Unia-Mitglied Aslan: rebrand.ly/rojdaaslan

Ihr Schicksal hat auf den Social-Media-Kanälen von work für eine Welle der Anteilnahme und Solidarität gesorgt. Hier

eine Auswahl der Reaktionen von Instagram und Tiktok.



GROSSE SOLIDARITÄT: Frauen gedenken der vielen weiblichen Opfer von häuslicher Gewalt. FOTO: KEYSTONE

(Link zur Petition: rebrand.ly/sicherheitfrauen). Bereits über 10 000 Unterschriften kamen zusammen.

Geld spielt nämlich auch auf eine andere Art und Weise eine sehr wichtige Rolle, sagt Nationalrätin Funicello: «Gewalt kann in vielen Fällen dort stattfinden, wo eine starke Abhängigkeit besteht. Deshalb ist die finanzielle Unabhängigkeit von Frauen eine wichtige Gewaltprävention.»

MACHOS ALS VORBILDER

Ob für das Jahr 2025 die Rede von einem Anstieg der Gewalt sein kann, wird sich zeigen. Doch für die Frauen-

häuser ist laut Berisha die gegenwärtige Weltlage spürbar: «Mit dem aktuellen Rechtsruck in Europa und auf dem ganzen Globus werden sehr problematische Männlichkeitsbilder wieder salonfähig. Solche Vorbilder legitimieren die Gewalt und sind ein gefährlicher Nährboden.» Umso wichtiger sei es, dass Medien über Femizide berichteten. «Ob und wie Medien über Femizide berichten, ist entscheidend, wie diese in der Gesellschaft wahrgenommen werden. Das Skandalisieren und der Voyeurismus sind nicht nur unwürdig gegenüber den Ermordeten, sondern auch gefährlich für Angehörige oder Kinder», sagt die Expertin.

**FRAUENTAG-AGENDA****DAS LÄUFT AM 8. MÄRZ****ZÜRICH**

Workshop: Was tun gegen sexuelle Belästigung? Am 6. März ab 18.30 Uhr bei der Unia Zürich. Anmeldungen über diesen Link: rebrand.ly/workshopuniazuerich.

Demonstration zum «feministischen Kampftag» am 8. März ab 13.30, Treffpunkt Paradeplatz.

BASEL

Unia-Stand zur Arbeitszeitverkürzung von 10.00 bis 16.30 Uhr mit Malaktion für Kinder am Barfüsserplatz. Demonstration zum «antipatriarchalen Kampftag» ab 17.00 Uhr, Treffpunkt Barfüsserplatz.

BERN

Unia-Stand zur Arbeitszeitverkürzung von 10.00 bis 13.00 Uhr auf dem Bärenplatz. Ab 14.00 Uhr Demonstration, Treffpunkt Schützenmatte.

THUN

Unia-Stand vor dem Coop Bälliz zum Thema Arbeitszeit und Arbeitszeitverkürzung.

BADEN

Feministische Soliparty ab 21.45 Uhr im Royal Baden unter dem Motto «Marie ich STEIHÄSSIG».

WINTERTHUR

Demonstration zum «feministischen Kampftag» am 7. März ab 19.00 Uhr, Treffpunkt Oberer Graben.

Weitere Aktionen finden in Delémont, Lausanne, Lugano, Neuenburg, Luzern und weiteren Städten statt.

Alle Unia-Veranstaltungen rund um den 8. März: rebrand.ly/uniaprogrammweltfrauentag.

«Wie können wir helfen?» Nach Ausschaffungsdrohung der Behörden folgt eine Welle der Solidarität

Die Geschichte von Gastarbeiterin Rojda Aslan (38) ist erschütternd. Als Mädchen wird sie in ihrer Heimat Türkei zwangsverheiratet. Nach vielen Jahren schafft sie es, sich zu trennen. Mit ihrem neuen Mann flüchtet sie in die Schweiz. Doch auch diese Beziehung birgt Probleme, ihr zweiter Mann ist gewalttätig.

VERHÄNGNIS. Mit ihrer in der Schweiz geborenen Tochter flüchtet sie ins Frauenhaus. Doch mit

PETITION**Ausschaffung verhindern!**

Die Schweizerische Bürgerinnenbewegung Campax hat eine Petition lanciert, um Rojda Aslans Ausschaffung zu verhindern. Hier können Sie unterschreiben:

rebrand.ly/petitionrojda



Rojda Aslan

«Ich hoffe, dass sie endlich in Ruhe mit ihrer Tochter in ihrer neuen Heimat, der Schweiz, leben kann!»
had.lim via Tiktok

«Täterschutz statt Opferschutz – das ist das Problem.»
Bebby via Tiktok

«Solidarität mit Rojda und Berfin.»
Feministisches Streikkollektiv Zürich via Instagram

«Das Thema ist so vielschichtig und kompliziert. Danke, dass ihr das so differenziert darstellt.»
Niketetera via Instagram

«Wie können wir helfen?»
Elexalorey via Tiktok

Erneute Protestaktion «Staatshilfe statt Massen schassen!»

Die Arbeiterinnen und Arbeiter von Swiss Steel fordern den Verzicht auf Entlassungen, eine Standortgarantie und die Beantragung der staatlichen Unterstützung. An der ausserordentlichen Aktionärsversammlung gab es erstmals zaghafte Antworten von der Geschäftsleitung.

IWAN SCHAUWECKER

Etwa hundert Aktionärinnen und Aktionäre kamen zur ausserordentlichen Generalversammlung des Stahlkonzerns nach Emmenbrücke LU. Begrüsst wurden sie von Angestellten des Stahlwerks, Gewerkschaftssekretären und Aktivistinnen des Klimastreiks. Auf dem Werkareal hing ein Transparent: «Haefner muss bezahlen – keine Entlassungen bei Steeltec!» Martin Haefner ist Mehrheitsaktionär von Swiss



KÄMPFT GEGEN DIE MASSENENTLASSUNG: Unia-Mann Franco Basciani. FOTO: JAKOB INEICHEN

Steel. Er hat die angekündigte Massenentlassung von 50 Arbeiterinnen und Arbeitern öffentlich unterstützt.

«GELD IST GELD»

Unia-Mann Franco Basciani sprach im Auftrag der Personalkommission und der Gewerkschaften vor dem versammelten Aktionariat. Er sagte: «Nach vielen Treffen haben wir bei der Aktionärsversammlung erstmals Antworten auf un-

Der Konzern will trotz der möglichen Staatshilfe an den Entlassungen festhalten.

sere Fragen erhalten.» Der Verwaltungsrat und die Geschäftsleitung hätten bestätigt, dass weitere Investitionen in Emmenbrücke getätigt würden und dass auch ein Gesuch für Staatshilfe geprüft werde, sobald die Verordnungen des Kantons und des Bundes bereit seien. Basciani sagt: «Die Staatshilfe wird zwar aus ideologischen Gründen verschmäht, aber die Konzernleitung sagte auch: Geld ist Geld.»

MISSACHTUNG DES SOZIALPLANS

Der Konzern will aber trotz der möglichen Staatshilfe an den Entlassungen festhalten. Damit sollen in Emmenbrücke definitiv 130 Arbeitsplätze abgebaut und 50 Mitarbeitende entlassen werden. Matteo Pronzini, MEM-Branchenleiter der Unia, sagt: «Swiss Steel missachtet damit den geltenden Sozialplan, der Frühpensionierungen zur Vermeidung von Entlassungen vorsieht.» Dieser werde aus Kostengründen nicht korrekt angewendet.

NICHT MEHR AN DER BÖRSE

Die Aktionärinnen und Aktionäre beschliessen an der ausserordentlichen Generalversammlung keine Zukunftspläne, sondern lediglich, dass sie die Aktien der Swiss Steel von der Schweizer Börse nehmen wollen. Damit sollen weitere Kosten gespart werden. Das Unternehmen ist nach dem Zusammenbruch des Aktienkurses finanziell vor allem von den Millionen des Mehrheitsaktionärs Martin Haefner abhängig (work berichtete: [rebrand.ly/strategie-stahlindustrie](#)).



VIEL ARBEIT, SCHLECHTE KONDITIONEN: Ein Uber-Eats-Fahrer bei der Bütz. FOTO: ZVG

GLP-Vorstoss öffnet Schwarzarbeit und Dumping Tür und Tor «Lex Uber»: Frontalangriff auf die soziale Sicherheit

GLP-Chef Jürg Grossen fordert: Ob jemand angestellt oder selbständig ist, sollen die Arbeitgeber entscheiden. Damit will er den Weg ebnen für Dumping-Geschäftsmodelle wie das vom Billig-Taxidienst Uber. Doch sogar Arbeitgeberverbände finden das eine schlechte Idee.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Per App rasch eine Reinigerin, ein Zmittag oder einen Fahrdienst organisieren: so funktioniert die «Plattform-Ökonomie». Der Kontakt zwischen Auftragnehmenden und der Kundschaft passiert scheinbar direkt. Die Konzerne dahinter wie Uber & Co. sehen sich nur als Vermittlerinnen. Ein Geschäftsmodell so einfach wie ausbeuterisch. Zum Beispiel Uber: Das Unternehmen stellt sich auf den Standpunkt, dass die Fahrerinnen und Fahrer keine Angestellten seien, da sie über die App direkten Zugang zur Kundschaft hätten. Und deshalb bezahlt der US-Konzern auch keine Sozialleistungen. Was wiederum für die Fahrer bedeutet: keine bezahlten Ferien, keine Arbeitslosenversicherung, kein Einkommen bei Unfall oder Krankheit. Verschiedene Gerichte haben deshalb klargestellt: Uber ist Arbeitgeber und muss seine Fahrerinnen und Fahrer anstellen (work berichtete: [rebrand.ly/rote-karte](#)).

Doch Uber kümmert diese Urteile nicht. Unter dem Druck der Uber-Lobby hat

jetzt die parlamentarische Initiative von Nationalrat Jürg Grossen (GLP) aus dem Jahr 2018 neuen Aufwind bekommen. Zuletzt hat die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats (SGK-N) dieser Initiative zugestimmt. Grossen will das Dumping-Geschäftsmodell auf dem Buckel von Arbeitnehmenden salonfähig machen. Unter dem täuschend wohlklingenden Namen «Selbständigkeit ermöglichen, Parteiwillen berücksichtigen» fordert er, dass Scheinselbständige als Selbständige betrachtet werden können, wenn sie dies «wünschen». Solche Vereinbarungen werden kaum auf Augenhöhe abgeschlossen, auf Seiten der Arbeitnehmenden besteht eine klare Abhängigkeit.

MEHR SCHWARZARBEIT

Dieser Vorstoss würde «Schwarzarbeit Tür und Tor» öffnen, schreibt die Gewerkschaft Unia. Die Bekämpfung von Scheinselbständigkeit und der Lohnschutz wären in den meisten Branchen verunmöglichlicht. Zudem würde er für Chaos im Schweizer Rechtssystem sorgen, etwa im Arbeitsrecht, bei AHV und BVG und bei Arbeitslosen- und Unfallversicherung. So warnen denn auch Expertinnen und Experten für Sozialversicherungsrecht vor mehr Scheinverträgen und Scheinselbständigkeit. Sie befürchten, dass sich mit dem Vorstoss Arbeitgeber aus der Verantwortung ziehen könnten.

Initiant Grossen argumentiert, dass «die Schweizer Behörden jedes Jahr Tausenden von Betroffenen gegen ihren Willen den Wunsch nach Selbständigkeit aberkennen». Doch das sehen Suva und AHV-Ausgleichskassen anders. Sie sind für die Einstufung von Ar-

beitsverhältnissen zuständig und melden: In über 99 Prozent der Fälle funktioniere die Einstufung bereits heute reibungslos.

KANTONE UND ARBEITGEBER DAGEGEN

Auch die meisten Kantone lehnen die Vorlage ab. So schreibt zum Beispiel die Zürcher Regierungspräsidentin Natalie Rickli (SVP), es entstünde mit den vorgeschlagenen Änderungen «die Gefahr von vermehrter Schwarzarbeit». Und sogar die Arbeitgeber sind gegen den Vorstoss. In einem Brief kritisieren der Bauernverband, der Baumeisterverband, Hotelieresuisse und weitere Verbände die geplanten Gesetzesänderungen. Es würden «Rechtsunsicherheiten» geschaffen, und die Vorlage nütze einzig einem «bestimmten Geschäftsmodell der Plattformökonomie.» Eine selbständige Erwerbstätigkeit ohne soziale Absicherung solle nur für Personen zugänglich sein, die aus einer unabhängigen Position heraus tätig werden. Personen also, die eine echte Wahl haben. Und weiter: Wenn eine «in die Selbständigkeit gedrängte Person die nötigen Einnahmen nicht erzielt und eine soziale Absicherung fehlt, müssen die Gemeinden und Kantone für die Risiken aufkommen».

Die Gewerkschaften fordern nun vom Parlament, dieser Vorlage ein Ende zu setzen. Denn sie würde es Unternehmen wie Uber erlauben, schamlos und ohne jegliche Verantwortung Gewinne einzufahren und die negativen Folgen anderen zu überlassen.

Die Gewerkschaften fordern nun vom Parlament, dieser Vorlage ein Ende zu setzen. Denn sie würde es Unternehmen wie Uber erlauben, schamlos und ohne jegliche Verantwortung Gewinne einzufahren und die negativen Folgen anderen zu überlassen.

Auch die meisten Kantone lehnen die Vorlage ab.

Krise in der Schweizer Uhrenindustrie Nach dem Rekordjahr der Kater

Auf sinkende Exporte reagieren die Uhrenfirmen mit der Entlassung von Temporären, mit Kurzarbeit und mit einer Flexibilisierung der Arbeitszeit. Insbesondere die Swatch Group wälzt die Krise so auf die Mitarbeitenden ab.

IWAN SCHAUWECKER

Nach der Pandemie explodierten die Verkaufszahlen der Schweizer Uhrenhersteller: 2023 exportierten sie Uhren im Wert von 26,7 Milliarden Franken, ein Allzeithoch! 2024 lagen die weltweiten Exporte der Schweizer Uhrenindustrie dann drei Prozent tiefer als im Vorjahr. Als Gründe für den Rückgang der Verkäufe nennen Unternehmen den starken Franken, geopolitische Unsicherheiten und vor allem eine rückläufige Nachfrage in China als Auswirkung der chinesischen Immobilienkrise.

Besonders betroffen von der Situation in China ist die Swatch Group. Der Umsatz des grössten Schweizer Uhrenkonzerns sank 2024 im Vergleich zum Vorjahr um 14,6 Prozent auf 6,74 Milliarden Franken.

Temporäre Zahlen zeche. Um in Krisenzeiten Geld zu sparen, entlassen die Uhrenfirmen ihre temporären Mitarbeitenden. Solenn Ochsner, die bei der Unia Neuenburg für die Uhrenindustrie zuständig ist, sagt: «Die Verträge werden nicht verlängert, und in der Regel erfahren wir das nur, wenn unsere Mitglieder uns darauf hinweisen.» Ochsner sagt weiter: «Bei der Swatch Group

kam es bisher kaum zu Entlassungen von Festangestellten und auch nicht zu Kurzarbeit, doch die Swatch Group nutzt ein anderes Mittel, nämlich die Jahresarbeitszeit.»

Der Mechanismus zur Flexibilisierung der Arbeitszeit ist im GAV so vorgesehen und wird von der Swatch Group rege genutzt. Solenn Ochsner sagt: «Der Beschäftigungsgrad der Arbeitnehmer wird reduziert, ohne dass ihr Gehalt gekürzt wird. Später, wenn dann die Geschäfte wieder besser laufen, müssen sie die fehlende Arbeitszeit durch unbezahlte Überstunden ausgleichen.»

45-STUNDEN-WOCHE. Jedes Unternehmen, das dem Uhren-GAV unterstellt ist und die Arbeitszeit flexibilisieren will, muss mit der



Unia eine Vereinbarung aushandeln und von den Mitarbeitenden genehmigen lassen. Dabei darf die Arbeitszeit nicht unter 30 Stunden pro Woche gesenkt werden. Der Negativsaldo wird dann mit einer Arbeitszeit von bis zu 45 Stunden pro Woche ausgeglichen anstatt der im GAV vorgesehenen maximal 40 Stunden.

Die Swatch Group nutzt als Mittel die Jahresarbeitszeit.

migen lassen. Dabei darf die Arbeitszeit nicht unter 30 Stunden pro Woche gesenkt werden. Der Negativsaldo wird dann mit einer Arbeitszeit von bis zu 45 Stunden pro Woche ausgeglichen anstatt der im GAV vorgesehenen maximal 40 Stunden.



WAS INTERESSIERT UNS DIE VOLKSMEINUNG: Albert Rösti und Karin Keller-Sutter lieben den Trumpismus. FOTOS: KEYSTONE / MONTAGE: WORK

Rechter Bundesrat ausser Rand und Band

Politik mit dem Stinkefinger

Unter der Führung von FDP-Frau Karin Keller-Sutter und SVP-Mann Albert Rösti macht der Bundesrat knallharte Geld-und-Gülle-Politik. Wird einer der beiden offiziellen Mitte-Kandidaten gewählt, wird's noch ärger.

CLEMENS STUDER

Die rechten Parteien SVP und FDP sind im Bundesrat seit Jahren in der absoluten Mehrheit und damit übervertreten. Und seit den letzten Wahlen spielen sie das immer dreister aus.

Ein paar Beispiele:

● Das Volk hat mit klarer Mehrheit verhindert, dass Milliarden in einen unsinnigen Autobahnausbau gesteckt werden.

SVP und FDP spielen ihre Mehrheit immer dreister aus.

und ihren Bundesrat Albert Rösti. Seine Reaktion: Er stoppt den beschlossenen Ausbau des öffentlichen Verkehrs – insgesamt 260 Projekte lässt er «überprüfen».

● Die Bauern schütten seit Jahrzehnten zu viel giftiges Zeug auf die Felder. Das schadet dem Boden und dem Grundwasser. Die Belastungen sind nachweisbar, die Folgen messbar. Röstis Reaktion: Schaffen wir doch die Grenzwerte ab, dann werden sie auch nicht überschritten. Juristen und Kantonschemikerinnen halten das für gesetzeswidrig – genauso wie die Expertinnen und Experten im zuständigen Bundesamt.

● In der Schweiz leben rund 300 Wölfe. Die fressen ab und zu ein paar Schafe aus nicht geschützten Herden (im Schnitt weniger, so sagen Expertinnen und Experten, als sterben müssen, weil sie sich selber überlassen sind). Real sind Wölfe, ausser in Bauern-Köpfen und der SVP-Propaganda, kein Problem. Das sieht auch die Mehrheit des Volkes so. Was macht «Umweltminister» Rösti: Er erteilt die Erlaubnis, mal eben zwei Drittel der Wölfe abzuschliessen. Das

Bundesgericht konnte ihn erst stoppen, nachdem die ersten Wölfe schon geschossen waren. Wie reagiert Rösti? Er streicht die Gelder für den Herdenschutz zusammen und gibt gleichzeitig auch noch die Biber zum Abschuss frei.

● Die SVP will die Radio- und TV-Gebühr auf 200 Franken beschränken, in erster Linie, um die SRG zu schwächen. Was macht Rösti: Noch vor der parlamentarischen Behandlung der Initiative – und deshalb natürlich auch vor einer Volksabstimmung – streicht er die Abgaben schon mal auf 300 Franken zusammen. Per Verordnung.

● Der Europäische Gerichtshof entscheidet: Die Schweiz diskriminiert Witwen. Dann behandeln wir halt die Witwen künftig genauso schlecht, sagt Karin Keller-Sutter und schafft de facto die AHV-Witwenrente ab.

Die kleine Auswahl zeigt, wie der aktuelle Bundesrat funktioniert: Die Interessen der Reichen, der Konzerne und der Bauern werden durchgedrückt. Wenn Volk oder Gerichte ein bürgerliches Vorhaben stoppen, kommt's zur Retourkutsche. Motto: Das Volk will keine neuen Autobahnen? Dann stoppen wir den Bahnausbau! Die Bauern vergiften Boden und Trinkwasser übermässig, überschrittene Grenzwerte beunruhigen die Bevölkerung? Schaffen wir die Grenzwerte ab! Das Volk will bessere Renten? Dann kürzen wir den Bundesbeitrag! Die Richter wollen Gleichberechtigung von Witwen und Witvern? Dann passen wir die Leistungen nach unten an! Politik mit dem ausgestreckten Mittelfinger. Und wundert wenig, wenn man an Röstis und Keller-Sutters Begeisterung für den Trumpismus denkt.

KAMPFPLATZ AHV

Die bitterste Niederlage der letzten Jahrzehnte führen die bürgerlichen Mehrheiten im Bundesrat und im Parlament bei der AHV ein: Das Volk sagte überdeutlich Ja zu einer 13. AHV-Rente. Das traf die Rechten ins Mark. Doch sie erholten sich rasch und sann auf Rache. Was dann geschah, ist die bisher dreiste Racheaktion. Und die lief so ab: Zuerst schickte der Bundesrat eine Finanzierung der 13. AHV-Rente entweder ausschliesslich über Lohnprozente oder über eine Kombination aus Lohnprozente und einer Erhöhung der Mehrwertsteuer

in die Vernehmlassung. Beides Varianten, bei denen Reiche etwas mehr belastet worden wären als Gering- und Mittelverdienende.

In der Vernehmlassung stiess die Mischvariante (bei der Reiche besser fahren) auf mehrheitliche Zustimmung. Die Kürzung des Bundesbeitrages an die AHV fiel durch.

Doch der Bundesrat machte über den Sommer eine Kehrtwende. SP-Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider musste eine Finanzierung

Wenn das Volk oder Gerichte ein bürgerliches Vorhaben stoppen, kommt's zur Retourkutsche.

ausschliesslich über Mehrwertsteuern präsentieren. Diese kam in der Vernehmlassung zwar gar nicht vor, ist aber als unsozialste Finanzierung die Favoritin der Rechten. Fest hielt der Bundesrat dagegen an der Senkung des Bundesbeitrages.

NOCH MEHR GELD UND GÜLLE

Am 12. März wählt die Bundesversammlung einen neuen Bundesrat. Frauen stehen offiziell nicht zur Wahl. Die Mitte präsentiert mit dem Zweierticket aus Bauernpräsident Markus Ritter und dem Zuger Regierungsrat Martin Pfister die personalisierte Geld-und-Gülle-Allianz zwischen Bauern und Grossfinanz, flankiert vom Gewerbe. Diese hat Ritter vor den letzten Wahlen eingefädelt. Der Deal: Die Bauern unterstützen Sozialabbau, Angriffe auf den Arbeitnehmerschutz und Steuergeschenke an Superreiche und Konzerne. Im Gegenzug finanzieren die Konzerne den Kampf der Bauern gegen ökologische Initiativen, ihre Parteien erhöhen die Landwirtschaftssubventionen und schützen die überbeurteilten Lebensmittelpreise weiterhin mit Zöllen. Kurz: Es ist eine Allianz gegen die Lohnabhängigen und die Konsumierenden im Land. Sie schaltet und waltet im Bundesrat und im Parlament dreister denn je. Und daran wird sich frühestens im Herbst 2027 etwas ändern. Den fortschrittlichen Kräften im Land bleibt bis dahin nur, mit Referenden das Schlimmste zu verhindern. Und mit Initiativen Verbesserungen zu erreichen. Beides gelang in den vergangenen Jahren nicht einmal so schlecht.

Bundesfinanzen

Plötzlich sind da Milliarden

Grossfinanz-Ministerin Karin Keller-Sutter hat wieder einmal «unerwartet» Milliarden gefunden. 2,6 an der Zahl. Statt das budgetierte Defizit zu verdueren, kann der Bund seine bereits rekordtiefen Schulden noch weiter abbauen.

Bürgerliche Finanzpolitik ist weder Komödie noch Tragödie. Sondern ein Schmierentheater. Eines mit ziemlich durchschaubarer Grundstruktur: Geht es ums Budget, steckt der Bund immer tief, ganz tief oder noch viel, viel tiefer in den roten Zahlen. Darum muss auf Teufelinn komm raus gespart werden, bei allem, dem in rechten Augen auch nur ein Hauch

Bürgerliche Finanzpolitik ist ein Schmierentheater.

von «sozial» oder «ökologisch» oder gar «solidarisch» anhaftet. Eben

erst hat Keller-Sutter ein Sparprogramm in die Vernehmlassung geschickt, mit dem sie 3,6 Milliarden Franken sparen will: bei der AHV, bei guter Bildung für alle, bei der Hilfe für Gewaltopfer, bei der Entwicklungszusammenarbeit, beim öffentlichen Verkehr.

Wird dann abgerechnet, verdampfen die Riesendefizite oder verwandeln sich gar in Überschüsse. Immer «überraschend» oder «unerwartet» oder wegen «Sondereffekten». Das wiederholt sich seit Jahrzehnten Jahr für Jahr.

STRATEGIE. Nun könnte diese systematische Fehlbudgetierung lächelnd als Marotte von vorsichtigen Finanzpolitikerinnen und -politikern abgetan werden. Doch sie hat bittere Folgen für die Mehrheit der Menschen und ist kein Soumödell, sondern rechte Strategie. Denn in der Schweiz wird die Schuldenbremse nicht verfassungskonform umgesetzt. Die Schweizer Bevölkerung wollte, dass der Bund nur so viel ausgeben darf, wie er einnimmt. Doch die rechten Mehrheiten im Bundeshaus haben diese Schuldenbremse so umgesetzt, dass der Bund Jahr für Jahr 1 bis 1,5 Milliarden Franken spart. Denn macht der Bund gegenüber dem Budget finanziell vorwärts, müssen Überschüsse zwingend für den Schuldenabbau verwendet werden. Sie dürfen nicht in den Folgejahren investiert werden. Defizite hingegen müssen in den folgenden Jahren ausgeglichen werden. So kann die bürgerliche Parlamentsmehrheit fortschrittliche Anliegen einfacher bodigen. CLEMENS STUDER

Armee: Panne reiht sich an Skandal



TSCHÜSSLI, SÜSSLI: Armee-Chef Thomas Süssli gibt sein Amt ab. FOTO: KEYSTONE

Die Schweizer Armee ist arm dran. Aber nicht, weil sie zu wenig Geld hätte. Denn ausser den Bauern wird nur noch die Armee vom Keller-Sutterschen Sparwahn verschont. Bekommt sogar noch mehr Geld. Obwohl sie in den vergangenen Jahren mehrfach bewiesen hat, wie beschaffungsunfähig sie ist. Panne reiht sich an Skandal. Millionen verpuffen im Nichts. Nicht einmal einen Jet für den Bundesrat konnten die Militärbürokraten unfallfrei beschaffen. Und jetzt kommt auch noch ans Tageslicht, wie leicht beim bündeseigenen Rüstungsbetrieb während Jahren unbenutzt Millionen abgezögelt werden konnten. Immerhin gibt es jetzt eine neue Militärspitze. Armee-Chef Thomas Süssli hat «gekündigt». Angeblich bereits Ende Januar. Aber geheim. Bekannt wurde dies erst am 25. Februar. Just am Tag, als der neuste Skandal platzte.

EUropa
Regula Rytz

Beziehungen mit den USA Sturmtief über dem Atlantik

Der Kurs der neuen US-Regierung trifft Europa im Kern. Lange schienen die transatlantischen Beziehungen unzerbrechlich zu sein. Kein Wunder: Die Mehrheit der US-amerikanischen Bevölkerung hat europäische Wurzeln. Viele setzten 1944 ihr Leben aufs Spiel, um das Nazi-Regime mit seinen Verbündeten zu stoppen. Beim Wiederaufbau Eu-



Regula Rytz, Delegierte bei den European Greens, ehemalige Nationalrätin und Präsidentin der Grünen, Mitglied der Arbeitsgruppe Europa des gewerkschaftsnahen Denknetzes.

ropas spielten amerikanische Wirtschaftshilfen eine zentrale Rolle. Mit der Schaffung von internationalen Organisationen schliesslich haben die Alliierten eine globale Nachkriegsordnung aufgebaut, die langfristigen Frieden und Stabilität versprach. Zwar war sie löchrig wie ein Emmentalerkäse. Doch wenn sie ganz wegfällt, werden souveräne Staaten wie die Ukraine für ein paar Silberlinge an Putin verkauft.

Was heisst das alles für Europa und die Schweiz? Für eine Bilanz ist es zu früh. Trump ist noch keine zwei Monate im Amt. Viele krasse Entscheidungen wurden nach wenigen Tagen korrigiert. Aber wir sollten uns nicht täuschen lassen: Trump verfolgt im Gegensatz zu 2016 eine klare Strategie.

DEMONTAGE. Fakt eins ist, dass Trump die globalen Institutionen demontieren will. Davon ist das gesamte Uno-System betroffen, vom Menschenrechtsrat bis zum «internationalen Genf». Auch Wirtschaftsorganisationen wie die OECD oder die WTO geraten in den Strudel. Nun kann man einwenden, dass diese ohnehin nur den Wettbewerb unter den starken Industrienationen regeln. Doch es gab auch gute Punkte. So hat die OECD mit ihrem Kampf gegen Steuerkriminalität das Schweizer Bankgeheimnis gekippt. Das nützt den Menschen im globalen Süden. Mit dem WTO-Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen wurden zudem 2014 Sozial- und Umweltstandards in das Wettbewerbsrecht eingebaut. Ob diese noch gelten, wenn die USA den Tarif durchgeben, darf mit Fug und Recht bezweifelt werden.

ZÖLLE. Fakt zwei ist, dass Trump eine neue Form des Merkantilismus testet. Mit hohen Zöllen sollen Importe in die USA gebremst und Arbeitsplätze zurückgeholt werden. Von solchen Massnahmen wäre (neben den amerikanischen Konsumentinnen und Konsumenten) die europäische Wirtschaft stark betroffen. Sie exportiert heute mehr Güter in die USA als umgekehrt. Werden die Handelshürden höher, drohen Unternehmen abzuwandern. Dass weiss auch die EU-Kommission. Ihre Top-Thema heisst deshalb «Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit». Dazu sollen im Rekordtempo alle Errungenschaften im Bereich der Nachhaltigkeit und der unternehmerischen Sorgfaltspflicht weggefeht werden.

Auch die offizielle Schweiz passt sich dem Zeitgeist an. Die NZZ empfiehlt eine «opportunistische, wendige Aussenpolitik», und die Bundespräsidentin macht Bücklinge vor US-Schimpftiraden (war da nicht mal was mit Wilhelm Tell?). Da lobe ich mir die grönländische Handelsministerin. Sie lädt Trump freundlich dazu ein, in ihrem Land zu investieren – aber zu demokratischen Spielregeln. «Wir haben Gesetze, an die sich alle halten müssen, und sehr hohe Standards, um die Umwelt zu schonen und Korruption und sozialer Ausbeutung vorzubeugen.» Voila! Mitten im Atlantik, zwischen den USA und Europa, gibt es noch Menschen, die in stürmischen Zeiten einen klaren Kompass haben. Wir brauchen mehr davon!

Regula Rytz schreibt hier im Turnus mit Roland Erne, was die europäische Politik bewegt.

«Verständigung» zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern Bewegung im Lohnschutz – aber noch muss einiges gehen

Die Bilateralen III gefährden Lohnschutz und Service public. Deshalb verlangen die Gewerkschaften innenpolitische Absicherungen. Jetzt bewegen sich Bundesrat und Arbeitgeber. Doch der Weg bleibt steinig und lang. Und die Gewerkschaften wachsam.

CLEMENS STUDER

Der Bundesrat erklärte die Verhandlungen mit der EU am 20. Dezember 2024 für abgeschlossen. Und die Verhandlungsziele für erreicht. Das sehen die Gewerkschaften aus guten Gründen anders. Die bis jetzt verfügbaren Informationen zeigen, dass Lohnschutz und Service public mit dem neuen Abkommen in Gefahr sind.

Die Haltung der Gewerkschaften ist seit Jahren klar und konzipiert: Der SGB unterstützt den bilateralen Weg, wenn die Löhne und der Service public gesichert sind. Die Personenfreizügigkeit mit wirksamen flankierenden Massnahmen ist eine gewerkschaftliche Erfolgsgeschichte, auch weil sie das Ende des unmenschlichen Saisonierstatuts brachte.



«Die Unia wird erst nach definitiven Beschlüssen ihre Position festlegen.»

UNIA-PRÄSIDENTIN VANIA ALLEVA

Lohnschutz und Personenfreizügigkeit statt Diskriminierung und sinnlose «Schutzklauseln» sind im Interesse der Arbeitnehmenden in der Schweiz. Auch für die Arbeitsplätze und die Löhne sind gute und geregelte wirtschaftliche Beziehungen mit der EU wichtig.

«GEMEINSAME VERSTÄNDIGUNG»

Seit dem Dezember 2022 – die Verhandlungen mit der EU liefen noch – haben sich die Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände und Kantone zu insgesamt über 60 Gesprächen getroffen. Eingeladen hat der Bundesrat. Das Ziel: allfällige Schwächungen des Lohnschutzes und des Service public bei einem Abkommen mit der EU innenpolitisch zu korrigieren. Lange lehnten die Arbeitgeberverbände alle vernünftigen Regelungen ab. Jetzt scheinen sie sich zu bewegen. Zumin-



JA ZU DEN BILATERALEN, ABER NUR MIT LOHNSCHUTZ: Die rote Linie für ein Abkommen mit der EU haben die Gewerkschaften klar definiert. FOTO: KEYSTONE

dest ein bisschen und immerhin in die richtige Richtung: Am 17. Februar einigten sich Vertreterinnen und Vertreter der Gewerkschaften, der Arbeitgeber und der Kantone unter der Leitung von Wirtschaftsminister Guy Parmelin auf eine «gemeinsame Verständigung» über inländische Massnahmen zur Absicherung des Lohnschutzes. Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 19. Februar von dieser Kenntnis genommen und schlägt auf Grundlage der Gespräche weitere Massnahmen vor.

DARÜBER WIRD GEREDET

Der Lohnschutz wird im vom Bundesrat als fertig verhandelt bezeichneten Vertragswerk – im Vergleich zum Status quo – geschwächt. Um dies zu kompensieren, sind innenpolitische Massnahmen nötig. Und zwar:

- Massnahmen, die Zugeständnisse an die EU (beispielsweise die Verkürzung der Voranmeldefrist) direkt kompensieren;
- Massnahmen, mit denen die negativen Auswirkungen der geschwächten Dienstleistungssperre kompensiert werden;
- Massnahmen, die nötig sind, weil ausserpolitisch keine Ausnahme erzielt werden konnte. Hier geht es zum Beispiel ganz konkret um die Übernahme der EU-Spesenregelung.

DAS SAGEN DIE GEWERKSCHAFTEN

Für den Gewerkschaftsbund sind die Beschlüsse des Bundesrats ein erster, wichtiger Schritt. Doch der SGB stellt gleichzeitig klar:

«Die entscheidende Phase steht noch bevor. Das Ergebnis muss einen wirksamen autonomen Schutz der Löhne und Arbeitsbedingungen garantieren.» Neben dem Lohnschutz hält der SGB daran fest, dass der Service public beim Strom und bei der Bahn gewährleistet sein muss.

Unia-Präsidentin Vania Alleva sagt zum aktuellen Stand der Dinge: «Es scheint eine Bereitschaft zu geben, die Rückschritte beim Lohnschutz mit innenpolitischen Massnahmen kompensieren zu wollen. Diese müssen jetzt aber konkretisiert und auch in Gesetzesänderungen festgelegt werden. Es gibt noch einige offene Fragen, die noch geklärt werden müssen. Die Unia wird erst nach den definitiven Beschlüssen des Bundesrates und des Parlaments das ganze Paket abschliessend beurteilen und dann ihre Position festlegen.»

SO GEHT'S WEITER

Bis Ende März sollen Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände und Kantone die nötigen Massnahmen detailliert ausarbeiten. Den Prozess leitet das Staatssekretariat für Wirtschaft (siehe auch Artikel unten). Im Frühsommer will der Bundesrat die innenpolitischen Massnahmen danach zusammen mit dem vollständigen Abkommenstext in die Vernehmlassung geben. Das Parlament beginnt kaum vor Ende Jahr mit der Beratung. Das letzte Wort wird das Stimmvolk haben. Die Abstimmung dürfte frühestens 2027 stattfinden.

Was will der Bundesrat mit dieser Personalie provozieren?

Lohnschutz-Gegner wird neuer Chef im Seco

Der Bundesrat will die Schweizer Löhne sichern. Wirklich? Die Ernennung des erklärten Lohnschutz-Feindes Jérôme Cosandey zum Leiter der Direktion für Arbeit im Seco lässt die Zweifel wachsen.

CLEMENS STUDER

Was bisher bekannt ist zu den Bilateralen III, zeigt: Der Schweizer Lohnschutz ist nicht gesichert. Für die Gewerkschaften ist klar: Ohne gesicherten Lohnschutz kann es kein Ja geben! Die Verschlechterungen im Verhandlungsergebnis im Vergleich zum Status quo müssen mit Kompensationen in der Schweiz korrigiert werden. Der Bundesrat hat Verhandlungen mit Gewerkschaften, Arbeitgebern und Kantonen organisiert, die erste Ergebnisse zeitigen (siehe Artikel oben). Diese Gespräche finden unter der «Schirmherrschaft» des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) statt.

Brisant ist in diesem Zusammenhang eine Personalie, die am Interesse des Bundesrates an wirksamem Lohnschutz zweifeln lässt. Seco-Chefin Helene Budliger hat einen Mann zum Leiter der Direktion für Arbeit ernannt, der von Lohnschutz und flankierenden Massnahmen nichts hält. Der Mann heisst Jérôme Cosandey und verantwortete als Leitungsperson beim marktradikalen Konzern-Think-Tank Avenir Suisse seit Jahren Angriffe auf den Lohnschutz. Und: Avenir Suisse fordert seit Jahren unumwunden die Abschaffung der flankierenden Massnahmen (siehe Artikel auf Seite 11).

SO TICKT DER NEUE

Die Direktion für Arbeit im Seco ist so ziemlich das wichtigste Bundesamt für die Lohnabhängigen. Sie ist zuständig für den Lohnschutz, das Arbeitsgesetz sowie für die Reintegration und die soziale Absicherung der Arbeitslosen. Cosandey ist bis heute weder in



HÄLT NICHTS VON LOHNSCHUTZ: Jérôme Cosandey. FOTO: AVENIR SUISSE

der Arbeitsmarktpolitik, der Sozialpartnerschaft, der Arbeitsvermittlung oder den Arbeitslosenkassen mit besonderer Expertise aufgefallen. Dafür gefällt er sich – und den Avenir-Suisse-Sponsoren aus Multis und Finanzindustrie – mit marktradikalen Vorschlägen zur Zerschlagung der Sozialversicherungen. Die Ernennung von Cosandey ist für die Gewerkschaften eine pure Provokation: In seiner neuen Position ist Cosandey für den Schutz der Arbeitneh-

menden und ihrer Löhne zuständig. Also für Dinge, die er erklärtermassen für überflüssig hält.

Der Arbeitgeberverband geniesst entsprechend still die Wahl von Jérôme Cosandey. Die Gewerkschaften sind sauer. SGB-Chef Pierre-Yves Maillard sagt: «Diese Nominierung ist eine reine Provokation – und sie zeigt, wie wenig sich Bundesrat Parmelin um die Verteidigung der Schweizer Löhne kümmert.» Und: «Diese Ernennung ist ein politisches Signal – und das ausgerechnet jetzt, wo die Lohnschutzgespräche in die Schlussphase gehen.» Denn für die Umsetzung allfälliger neuer innenpolitischer Massnahmen zum Lohnschutz wäre Cosandey zuständig. Also ein Mann, der bereits die bestehenden abschaffen wollte. Ob die nächste Personalie aus dem Hause Parmelin wohl die Ernennung eines Geschäftsleitungsmitglieds des Blauen Kreuzes zur Leiterin der Weisswein-Absatzförderung ist?



WENN REICHE IHREN REICHTUM SCHÜTZEN: In der Förderstiftung von Avenir Suisse kommen die grossen Konzerne und Finanzinstitute zusammen, um neoliberales Gedankengut zu fördern. FOTO: AVENIR SUISSE / MONTAGE: WORK

25 Jahre Denkfabrik des Kapitals

Avenir Suisse: marktgläubig bis zum Kollaps

Die Macht der Milliardäre gefährdet Demokratie und Rechtsstaat. Doch das kümmert Avenir Suisse nicht. Die Ideologiefabrik bleibt auch 25 Jahre nach der Gründung ihrer Marktradikalität treu.

IWAN SCHAUWECKER

Wo liegt der freiste Kanton der Schweiz? In einem Video der Denkfabrik Avenir Suisse erklärt eine englischsprachige Frau am Rande eines Ackers, dass dies der Kanton Aargau sei. Unter anderem wegen der tiefen Steuern für Privathäuser und den Nonstop-Ladenöffnungszeiten. Die etwa 30 Mitarbeitenden von Avenir Suisse in Zürich und Lausanne produzieren neben Videos fast wöchentlich Studien zur Steuerpolitik, zur wachsenden Anzahl der Staatsangestellten oder zu den Gefahren einer Industriepolitik. Immer stramm liberal: Markt gut, Staat schlecht!

50 MILLIONEN STARTKAPITAL

Avenir Suisse entstand im Jahr 2000 auf Initiative von 13 Schweizer Konzernen, welche die «Stiftung Zukunft Schweiz» mit einem Startkapital von 50 Millionen Franken ausrusteten. Mario Corti, ehemaliger Nestlé-Manager und Swissair-CEO, gab damals den Impuls zur Gründung der Organisation. In der NZZ schrieb er: «Die demokratische Meinungsbildung wollen wir durch den Aufbau einer marktwirtschaftlichen Denkfabrik verstär-

ken.» Er wollte damit den «geistigen Luftkampf» zur Privatisierung von Schweizer Staatsbetrieben gewinnen.

GROUNDING STATT LUFTKAMPF

Was folgte, war allerdings kein Luftkampf, sondern das Swissair-Grounding. Das Ende der Schweizer Fluggesellschaft 2001 war für das Wirtschafts-Establishment ein Schock. Und schon 2008 folgte der nächste: Der Staat musste die Grossbank UBS retten. Das offenbarte die Widersprüche der marktradikalen Ideologie. Doch bei Avenir Suisse und ihrem damaligen Direktor Thomas Held folgte keine Neuausrichtung, sondern ein Diskussionspapier mit dem Titel: «Too big to fail und die Wiederherstellung der Marktordnung». Die Realität ist bis heute eine andere. Auch 2024 musste der Staat einspringen und den Kauf der Credit Suisse durch die UBS mit 9 Milliarden Franken absichern.

DER GLAUBE AN DIE UNABHÄNGIGKEIT

In einem Selbstportrait zum 25-jährigen Bestehen schreibt Avenir Suisse selbstbewusst: «Seit der Gründung im Jahr 2000 ist Avenir Suisse die treibende Kraft für politische Reformen auf allen Staatsebenen.» Inzwischen wird die Organisation von über 140 Schweizer Konzernen und Privatpersonen mit jährlich 5 Millionen Franken unterstützt. Avenir Suisse betont dabei stets die eigene Unabhängigkeit und den Anspruch auf Wissenschaftlichkeit. Jérôme Cosandey ist derzeit noch Forschungsleiter für eine «tragbare Sozialpolitik» bei Avenir Suisse und demnächst Direktor für Arbeit beim Seco (siehe Bericht auf Seite 10). Er sagt: «Unsere Stiftung erhält keine öffentlichen Gelder, und wir machen auch keine Auftragsstudien.» Aufgrund der Diversität der Förderer seien «Gefälligkeitsstudien» kaum möglich. Wie viel die UBS der Denkfabrik jährlich zahlt, will Cosandey nicht kommentieren. Dass die Bank von jährlichen

Subventionen in der Höhe von etwa 2,6 Milliarden Franken profitiert, ist in den Studien von Avenir Suisse kein Thema. Avenir Suisse sei aber grundsätzlich gegen Staatsgarantien, sagt Cosandey.

IDEOLOGISCHER MIST AUS DEN USA

Der ehemalige Unia-Co-Präsident Andreas Rieger hat als linken Gegenentwurf zu Avenir Suisse vor 20 Jahren das Denknetz mitgegründet. Er sagt: «Bei Avenir Suisse produziert man von den Banken und Konzernen gekauft Denken, es ist seit je neoliberaler Mainstream.» Avenir Suisse könne immer noch regelmässig Beiträge in Tageszeitungen platzieren, aber die gesellschaftliche Ausstrahlung sei dennoch beschränkt. Rieger sagt: «Die Ideologien wachsen nicht auf dem Schweizer Mist, sondern kommen vor allem aus den USA.»

VERRAT AM LIBERALISMUS

Mit Donald Trump als Wieder-Präsident der USA und seinen Milliardärs-Freunden geraten die liberalen Ideale, von persönlichen Freiheitsrechten bis zur staatlichen Gewaltenteilung, immer stärker ins Wanken. Die «Freiheit der Märkte», die auf neoliberale Vordenker wie Friedrich August von Hayek und Milton Friedman zurückgeht, erweist sich inzwischen für die grosse Mehrheit der Bevölkerung als Freiheitsfalle und als Verrat am Liberalismus. Aber nicht nur in den USA gefährdet die Macht des Grosskapitals und die wachsende Ungleichheit die Demokratie und den liberalen Rechtsstaat. Die Reinvermögen des reichsten Prozents der Bevölkerung sind auch in der Schweiz stark angewachsen, von durchschnittlich 8 Millionen Franken im Jahr 2003 auf über 20 Millionen Franken im Jahr 2021. Mit dem konsequenten Einsatz gegen staatliche Umverteilung von oben nach unten und mit über 2000 neoliberalen Studien hat auch Avenir Suisse einen Beitrag dazu geleistet.



work
kommentar
Iwan Schauwecker

LEERES LIBERALALA

In der Schweiz sei die Zuversicht bei den Jungen dahin. Das Vertrauen in den Liberalismus bröckle auf breiter Front. Das schreibt Jürg Müller (41), der Direktor von Avenir Suisse, in der «NZZ am Sonntag». Und: «Ohne Gemeinsinn, der aus einem individuellen Willen

Es braucht das Eingeständnis, dass wir alle voneinander abhängig sind.

erwächst, fehlt dem Liberalismus der Boden.» Die liberale Gesellschaft funktioniert nur, wenn jede und jeder immer wieder über den eigenen Teller- rand hinausblicke und sich als Teil von etwas «Grösserem» verstehe.

DURCHGEFÜTTERT. Doch dieses Grössere bleibt bei Müller eine grosse Leerstelle. Nicht einmal das Heilsversprechen durch «freie Märkte» will er noch bemühen. Meint er das Volk, die Nation, die Menschheit? Über dem liberalen Tellerrand lauert aber auf jeden Fall und für immer die Gefahr des «ausufernden Staates». Auch in der Schweiz liessen sich immer mehr private Akteure vom Staat «durchfüttern», behauptet Müller. Dieser «Klientelismus», klagt er weiter, sei auch der Hauptgrund für die libertäre Welle mit Staatshassern wie Javier Milei und Elon Musk, deren autoritärer Charakter in liberalen Kreisen gerne zum Unternehmmergeist verklärt werde.

ABHÄNGIGKEITSERKLÄRUNG. Aber wie könnte denn wieder mehr Gemeinsinn gelingen? Als erstes bräuchte es ein Eingeständnis: Nämlich, dass wir alle voneinander abhängig sind. Nicht nur die sogenannten sozial Schwachen von den angeblichen Leistungsträgern, sondern mindestens genauso umgekehrt. Und dass diese Abhängigkeit längst global ist und mit der Klimaerwärmung weit über die heute lebenden Generationen hinausreicht. Gemeinsinn entsteht in dieser Notlage zwischen Kriegen und drohendem Klimakollaps durch geteilte Sorgearbeit, in inklusiven Schulen und einem durchlässigen Bildungssystem, wo Buezerkinder und Akademikerkinder zusammen und voneinander lernen können. Und es braucht eine Arbeitswelt, die Zeit für Freunde und Familie lässt. Gemeinsinn wächst auch durch kollektiven Widerstand gegen Ausbeutung und Zerstörung.

ZERSTÖRER DER ÖFFENTLICHKEIT. Für Gemeinsinn braucht es ein gemeinsames Verständnis der Probleme und Handlungsmöglichkeiten. Wenn Männer wie Elon Musk Internetplattformen und staatliche Institutionen systematisch zerstören, verschwinden auch die Grundlagen für die Öffentlichkeit und die Demokratie. Für die Konzerne, die Avenir Suisse finanzieren, scheint dies jedoch kein Problem zu sein. Ganz im Gegenteil: Im Dunkeln und zwischen den Trümmern wittern sie neue Geschäfte.

Sechs Zahlen, die zeigen, wie gross die Betroffenheit ist

Armut in der Schweiz hat viele Facetten

20%

vom Lohn bezahlen die ärmsten Haushalte für Krankenkassenprämien. Von einer Prämienverbilgung profitieren davon nur knapp ein Drittel.

1,34 Mio.

Menschen sind in der Schweiz von Armut betroffen oder bedroht.

Bei 4410 Fr.

liegt das Existenzminimum für eine vierköpfige Familie. Davon müssen die Miete, das Essen, Kleidung, Coiffeur und alles Weitere bezahlt werden. Die Krankenkassenkosten werden nicht mitgezählt.

26,2%

der Alleinerziehenden sind von Armut betroffen. Zudem ist mehr als jede fünfte Familie mit drei oder mehr Kindern von Armut gefährdet.

Für 300 000

Arbeiterinnen und Arbeiter reicht der Lohn nicht zum Leben. Zählt man alle Personen im Haushalt zusammen, also Kinder und Partner, sind 700 000 Menschen vom Phänomen «Working Poor» betroffen.

Um 160%

gestiegen sind die Krankenkassenprämien seit 1996. Im gleichen Zeitraum stiegen die AHV-Renten um 3% und die Löhne um 12%.

Caritas-Forum

Mit Bildung Armut bekämpfen

Kann eine Aus- oder Weiterbildung der Weg aus der Armut sein? Dieser grossen Frage stellten sich Experten und Expertinnen am Caritas-Forum. Sie nahmen dabei die Arbeitgeber in die Pflicht.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Die Bildungsschere in der Schweiz ist gross. Das zeigen die Zahlen aus der Sozialhilfe. Rund die Hälfte der Bezügerinnen und Bezüger haben keinen Abschluss nach der obligatorischen Schule. Fehlende Bildung kann also ein Treiber von Armut sein. Dieses Thema war der Fokus am Caritas-Forum Ende Januar in Bern. Wie schwierig es ist, in einer Tieflohnbranche zu arbeiten, mit wenig Geld über die Runden zu kommen und sich gleichzeitig weiterzubilden, zeigt das Beispiel von Adèle Villiger (45). Sie arbeitet als Reinigerin bei der Reinigungs-kooperative Flexifeen. Eine Gruppe von migrantischen Frauen, die ihre Arbeit selbst organisieren und somit Unternehmerinnen und Arbeiterinnen sind. Villiger ist



ARM, OBWOHL SIE ARBEITET: Adèle Villiger chrapft als Reinigerin und lebt trotzdem am Existenzminimum. FOTO: CARITAS / DANY SCHULTESS

arm, trotz Arbeit. Zurzeit möchte sie einen Bachelorabschluss machen, um irgendwann einen besser bezahlten Job zu finden. Ihre Ausbildung finanziert sie aus der eigenen Tasche, obwohl sie am Existenzminimum lebt und deshalb Sozialhilfegelder bezieht.

Villiger erzählt am Forum über den Alltag ihrer Arbeitskolleginnen: Diese kümmern sich um ihre Kinder, arbeiten in dem körperlich anstrengenden Beruf als Reinigerinnen und sollen sich zusätzlich weiterbilden. Zum Beispiel mit einem Deutschkurs. Aber wie soll das zeitlich aufgehen? Und wer bezahlt die Weiterbildung?

VERANTWORTUNG DER ARBEITGEBER

Gerade Arbeitgeber im Tieflohnbereich unterstützen das lebenslange Lernen zu wenig, kritisiert Caritas. Dies zeigen auch die Zahlen des Bundes: Gut zwei Drittel der Arbeiterinnen und Arbeiter in der höch-

sten Einkommensgruppe haben eine Weiterbildung gemacht. Die Mehrheit davon mit finanzieller Unterstützung ihrer Arbeitgeber. In der tiefsten Einkommensgruppe liegt dieser Wert bei der Hälfte. Also knapp ein Drittel hat sich weitergebildet und wurde dabei unterstützt. Fatal, denn gerade Personen mit einem tiefen Einkommen kann eine Weiterbildung aus der Armut helfen.

Der Input von Peter Streckeisen, Dozent an der ZHAW, zeigt aber auch die Schattenseiten: Unser Bildungswettbewerb erzeugt nicht nur enormen Druck auf Kinder, sondern heizt eine klassenspezifische Diskriminierung an. Das heisst: Vermeintlich einfache Berufe werden gesellschaftlich abgewertet.

Die Schweiz gehört zu den reichsten Ländern – und hat trotzdem ein Armuts-Problem

«Die Menschen müssen vom Lohn leben können»

Aline Masé (38) ist Leiterin der Fachstelle Sozialpolitik bei der Caritas Schweiz. Im Gespräch mit work erklärt sie, mit welchem Lohn man von Armut betroffen ist. Und warum Fleiss für Kinder kein Weg aus der Armut ist.

DARIJA KNEŽEVIĆ

work: Frau Masé, beginnen wir mit dem Wesentlichen: Ab welchem Einkommen gilt man in der Schweiz als arm? Und auf wie viele Menschen trifft das zu?

Aline Masé: Von Armut betroffen sind Personen mit einem Einkommen unter dem Existenzminimum der Sozialhilfe. Für eine Einzelperson bedeutet das, mit weniger als 2284 Franken leben zu müssen. Für eine vierköpfige Familie liegt die Armutsgrenze bei einem totalen Einkommen von 4410 Franken. Das ist sehr wenig Geld und reicht kaum zum Leben, denn davon muss alles ausser die Krankenkassenprämie bezahlt werden: Wohnen, Essen, Kleider, Handyabonnement, Coiffeur und so weiter. Laut dem Bundesamt für Statistik (BFS) leben rund 700 000 Menschen in der Schweiz in Armut. Doch aus Sicht von Caritas sind noch viel mehr Menschen von Armut betroffen.

Noch mehr?

Ja, fast doppelt so viele! Wir orientieren uns an der Armutgefährdungsgrenze, die das BFS ebenfalls jährlich berechnet. Diese liegt für eine Einzelperson bei 2587 Franken und bei einer vierköpfigen Familie bei 5430 Franken. Total sind in der Schweiz 1,3 Millionen Menschen von Armut betroffen oder bedroht. Das heisst, fast jede sechste Person lebt in prekären finanziellen Verhältnissen. Dieser Wert macht mehr Sinn, weil er auch Menschen mitzählt, die knapp über dem Existenzminimum leben, aber trotzdem wegen ihres tiefen Einkommens kaum an der Gesellschaft teilhaben können. Ein einfaches Beispiel: Ein Kind wird von einem Schulfreund zum Geburtstagsfest eingeladen. Weil sich die Familie kein Geschenk leisten kann und sich dafür schämt, darf das Kind nicht ans Fest. So wird ein Kind aus armen Verhältnissen von gesellschaftlichen Aktivitäten ausgeschlossen und sozial isoliert.

Trifft Armut also besonders die Kinder?

Kinder aus armutsbetroffenen oder -gefährdeten Familien erleben viel Benachteiligung. Das ist vielleicht sichtbar, wenn sie sich das Skilager oder die Tennisstunden nicht leisten können. Aber es gibt auch vieles, was unsichtbar bleibt. Das sind beispielsweise enge Wohnverhältnisse, in denen Kinder keinen Rückzugsort haben, wo sie in Ruhe ihre Hausaufgaben erledigen oder lernen können. Das sind Wohnhäuser, die an stark befahrenen Strassen liegen und ohne Grün- oder Spielfläche sind, wo Kinder sich austoben könnten. Dass diese Kinder nicht die gleichen Entwicklungschancen haben, erkennt man bereits im Kindergarten. Unser Schulsystem schafft es oft nicht, diese ungleichen Startchancen auszugleichen.

Stimmt es nicht, dass diese Kinder in der Schule einfach fleissiger sein müssen und es so aus der Armut schaffen?

So einfach ist es leider nicht. Um aus der Armut der Eltern auszubrechen, reicht Fleiss meist nicht. Oft sind Lehrpersonen oder andere Bezugspersonen entscheidend, ob ein Kind aus armen Verhältnissen fair behandelt wird. Es gibt Studien, die klar belegen, dass Lehrpersonen Kinder aus besser gestellten Familien besser bewerten als arme Kinder – und das für die gleiche Leistung. Die finanziellen Ressourcen der Eltern spielen bei der Ausbildung von Kindern eine sehr grosse Rolle. Etwa können sie sich keine Nachhilfe leisten, wenn das Kind Schwierigkeiten in Mathematik hat. Und ob der soziale Anschluss der Kinder gelingt, beispielsweise für Sport, Musikunterricht, Ausflüge. Und um nochmals zum Thema Fleiss zurückzukommen: Kinder erleben auch Diskriminierung aufgrund ihrer Herkunft. Sie werden wegen ihres Namens oder ihrer Hautfarbe oder Herkunft auf ihrem Bildungsweg behindert. Arme migrantische Kinder erleben eine Doppeldiskriminierung, weil sie unterschätzt und kleingehalten werden, was den Weg aus der Armut nochmals zusätzlich erschwert. Egal, wie fleissig sie sind.

Aus was für Familien kommen diese Kinder?

Warum eine Familie in der Armut landet, kann sehr unterschiedliche Gründe haben. Aus strukturellen Gründen haben Familien mit vielen Kindern, Familien mit sehr kleinen Kindern und Alleinerziehende ein hohes Armutsrisiko. Das hängt stark damit zusammen, dass Kinder kosten und die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit in der Schweiz gerade für Eltern in Tieflohnjobs immer noch sehr schwierig ist.

«Es darf nicht sein, dass Kitakosten einen ganzen Lohn auffressen.»

Weiter ist auch die fehlende Bildung ein starker Treiber von Armut. Wer keine oder keine anerkannte Ausbildung hat, landet oft in prekären, sehr schlecht bezahlten Jobs. Und das wiederum betrifft viele Menschen, die in die Schweiz migrieren. Auch fehlende Sprachkenntnisse stellen enorme Hürden dar, weshalb die Aus- und Weiterbildung von Erwachsenen so wichtig ist. Schliesslich können auch Schicksalsschläge wie Krankheiten oder eine Scheidung Familien in finanzielle Schwierigkeiten bringen.

Stimmt es wirklich, dass Arbeitnehmende nicht von ihrem Lohn leben können?

In der Schweiz gibt es fast 300 000 Working Poor. Der Begriff bedeutet, dass man arbeitet und trotzdem arm ist. Bei der Caritas benutzen wir ihn, wenn mindestens eine Person im Haushalt ständig und zu einem relevanten Pensum erwerbstätig ist, es finanziell aber trotzdem nicht aufgeht. Aus unserer Erfahrung in der Beratung hat das Phänomen «Working Poor» zugenommen. Der Grund: In den letzten Jahren sind die Fixkosten – vor allem die Krankenkassenprämien und Wohnungsmieten – massiv schneller gestiegen als die Bruttoeinkommen. Das sind Kosten, die man bezahlen muss – ob man kann oder nicht. Ein Beispiel: Eine finanzschwache Familie bewirbt sich für eine Wohnung, die 70 Prozent von ihrem Bruttoeinkommen ausmacht. Für diese Wohnung bekommt sie auch die Zusage. Das klingt absurd, ist aber Realität. Und gleichzeitig steigen die Krankenkassenprämien immer weiter. Um all diese Fixkosten bezahlen zu können, muss die Familie an anderen Orten sparen oder sich verschulden.

Und die Teuerung frisst die Löhne weg.

Die Teuerung ist auch ein entscheidendes Thema. Liegt diese in einem Jahr bei knapp 2 Prozent, klingt das für manche nach nicht viel. Doch für eine Person, die jeden Rappen ganz genau kalkuliert, macht es einen riesigen Unterschied, wenn das Brot nun 50 Rappen mehr kostet. Und auch wenn die Teuerung wieder etwas nachliess: Die Preise sind gestiegen und nach dem Anstieg nicht mehr zurückgegangen. Und sie steigen immer noch – einfach weniger stark. Auf der Ausgabenseite müsste man einkommensschwache Personen steuerlich entlasten. Statt tiefe und mittlere Einkommen so stark zu besteuern, müsste man die Vermögenssteuer erhöhen. Das wäre eine Massnahme, um auch die Schere zwischen Arm und Reich zu verkleinern.

Können Mindestlöhne da Gegensteuer geben?

Mindestlöhne sind ein wichtiges Instrument. Einerseits aus einer Überzeugung, dass Arbeit gerecht entlohnt werden muss. Und andererseits, weil sich Arbeit lohnen muss. Menschen, die 100 Prozent arbeiten, müssen von ihrem Lohn leben und nicht nur knapp überleben können. Für die Armutsbekämpfung sind Mindestlöhne eines von vielen Puzzleteilen. Dabei ist es aber entscheidend, ob ein Arbeitnehmer nur für sich selbst oder finanziell noch für weitere Personen verantwortlich ist. Wenn beispielsweise eine Person im Haushalt einen Mindestlohn erhält, davon aber drei Kinder abhängig sind, reicht das Geld wieder nicht.

Was sind weitere Massnahmen, um Arbeiterinnen und Arbeiter vor Armut zu schützen?

Für uns als Caritas ist die Vereinbarkeit von Familie und Arbeit ein zentrales Thema. Zum Beispiel das Thema Kinderbetreuung und Kitakosten. Um Familien zu entlasten und gerade Mütter vor einem Armutsrisiko zu schützen, braucht es zugängliche und bezahlbare Kitaplätze. Es kann nicht sein, dass Eltern abwägen müssen, ob ein Elternteil erwerbstätig sein soll oder nicht, wenn die Kitakosten einen ganzen Lohn auffressen. Man sieht deutlich, dass Familien mit tieferem Einkommen ihre Kinder weniger häufig extern betreuen lassen. So wird namentlich Müttern der Zugang zum Arbeitsmarkt und zu einer finanziellen Unabhängigkeit verwehrt. Gerade für Mütter mit Migrationshintergrund gestaltet sich das noch schwieriger. Sie haben keine anerkannte Ausbildung in der Schweiz und können unter Umständen die Sprache nicht gut. Sich in einer solchen Ausgangslage um eine Stelle und gleichzeitig eine passende und zahlbare Kinderbetreuung zu kümmern, ist eine enorme Herausforderung. Und so hindert man strukturell diese Frauen am Arbeiten und bringt nebenbei die Kinder um eine wichtige Sozialisierungserfahrung.

Aber auch das Thema Arbeitsmodelle ist sehr wichtig. Es gibt viele Arbeitnehmende, die auf Abruf arbeiten. Sie müssen zwar 100 Prozent verfügbar sein, arbeiten je nach Monat aber nur 30, 50 oder 70 Prozent. Das Einkommen und damit auch die Ausgaben sind nicht planbar. Gerade für Familien sind solche Arbeitsmodelle sehr risikobehaftet.

Fortsetzung auf Seite 14



ALINE MASÉ VON CARITAS: «Oft wird ein Kind aus armen Verhältnissen von gesellschaftlichen Aktivitäten ausgeschlossen und sozial isoliert.» FOTO: YOSHIO KUSANO

Neue Studie über Ungleichheit und Sterberisiko

Sterben müssen wir alle – Reiche aber später

Je kleiner der Lohn, desto früher der Tod. Das zeigt eine neue Studie des Bundesamtes für Sozialversicherung. Und: Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit erhöhen die Sterblichkeit, weil sie das Einkommen um mindestens 20 Prozent sinken lassen.

CLEMENS STUDER

«Wer heiratet, lebt länger.» Solche und andere Schlagzeilen geisterten in den vergangenen Tagen durch die Medien und sorgten in der Kaffeepause und an den Stammtischen für Gesprächsstoff. Sie beziehen sich auf eine Studie der Universität Genf mit dem Titel «Mortalité différentielle en Suisse 2011–2022», die hier heruntergeladen werden kann: rebrand.ly/sterblichkeit. Verfasst wurde sie im Auftrag des Bundesamtes für Sozialversicherungen (BSV) und von diesem unter dem vernünftigen Heiratsansatz der Öffentlichkeit «verkauft». Lustig, lustig, tralalalala!

Weniger lustig sind andere Erkenntnisse aus der Studie, die – warum auch immer – sowohl in der BSV-Medienarbeit wie in den Medien untergegangen sind. Sie haben mit der sozialen Ungleichheit zu tun:

1. Je höher das Einkommen, desto länger das Leben. Die Studie untersuchte die AHV-pflichtigen Einkommen der Schweiz. Die Analyse zeigt, «nahezu systematisch», für alle Altersgruppen und Geschlechter den Zusammenhang zwischen der Höhe des Erwerbseinkommens und dem Sterberisiko. Menschen ohne oder mit sehr niedrigem Einkommen haben ein bis zu dreifach erhöhtes Sterberisiko. Besonders ausgeprägt ist dieser Effekt bei bestimmten Todesursachen wie Infektionskrankheiten, psychischen Störungen und Atemwegserkrankungen, wo das Risiko sogar um das Fünf- bis Sechsfache erhöht sein kann.

Handwerker haben ein 40 bis 70 Prozent höheres Sterberisiko als Akademiker.

Die Studie zeigt, dass Personen in Führungspositionen oder akademischen Berufen ein deutlich geringeres Sterberisiko aufweisen als andere Berufsgruppen. Handwerker und ungelernte Arbeiter weisen die höchste Sterblichkeit auf. Laut Studie haben Männer mit Handwerks- und Elementarberufen ein um 40 bis 70 Prozent höheres Sterberisiko als Führungskräfte und Akademiker. So sterben konkret zum Beispiel Männer zwischen 50 und 59 Jahren in ausführenden Tätigkeiten mit einer um 50 bis 60 Prozent höheren Wahrscheinlichkeit als Männer in leitenden Funktio-

2. Búezer sterben früh, Búezerinnen ein bisschen weniger früh. Die Studie zeigt, dass Personen in Führungspositionen oder akademischen Berufen ein deutlich geringeres Sterberisiko aufweisen als andere Berufsgruppen. Handwerker und ungelernte Arbeiter weisen die höchste Sterblichkeit auf. Laut Studie haben Männer mit Handwerks- und Elementarberufen ein um 40 bis 70 Prozent höheres Sterberisiko als Führungskräfte und Akademiker. So sterben konkret zum Beispiel Männer zwischen 50 und 59 Jahren in ausführenden Tätigkeiten mit einer um 50 bis 60 Prozent höheren Wahrscheinlichkeit als Männer in leitenden Funktio-



REICH SEIN VERLÁNGERT DAS LEBEN: Wie die neue Schweizer Studie zeigt, haben Menschen mit viel Geld ein massiv geringeres Sterberisiko als Búezerinnen und Búezer aus dem Tieflohnssektor. FOTO: GETTY IMAGES

nen. Diese Übersterblichkeit ist besonders ausgeprägt bei Herz-Kreislauf-Erkrankungen und bestimmten Krebsarten, was auf härtere Arbeitsbedingungen und risikobehaftetere Tätigkeiten zurückzuführen ist. Bei Frauen sind die berufsbedingten Unterschiede geringer und statistisch oft nicht aussagekräftig, während bei Männern klare Unterschiede zwischen verschiedenen Berufsgruppen bestehen. Leider sind diese nicht detailliert untersucht worden.

3. Arbeitslosigkeit erhöht das Sterberisiko massiv. In der wissenschaftlichen Sprache der Studie: «Die Erfahrung einer Arbeitslosigkeitsepisode geht mit einem erhöhten Sterberisiko einher, systematisch in jedem Alter und für beide Geschlechter.» Bei Männern steigt das Risiko um 50 bis 60 Prozent. Bei Frauen beträgt die Risikoerhöhung 10 bis 60 Prozent.

4. Bei einer Einkommenskürzung um 20 Prozent und mehr, steigt das Sterberisiko deutlich. Menschen, deren Einkommen um mindestens 20 Prozent gesunken ist, weisen ein deutlich erhöhtes Sterberisiko auf. Bei Männern ist der Zusammenhang in jedem Erwerbsalter besonders ausgeprägt. Negative Wirkungen von Arbeitslosigkeit bleiben auch nach Wiederbeschäftigung bestehen. Dieser Zusammenhang zwischen 20 Prozent weniger Lohn und der höheren Sterblichkeit ist darum besonders brisant, weil sowohl bei Arbeitslosigkeit als auch bei Kurzarbeit das Einkommen um (mindestens) 20 Prozent sinkt.

Die Gewerkschaften wissen es schon lange: Menschen mit geringen und mittleren Einkommen haben weniger Lebensjahre nach dem ordentlichen Pensionierungsalter von 65 Jahren, und sie haben tiefere Renten.

Die Gut- bis Superverdienenden dagegen werden nicht nur bei besserer Gesundheit und höherer Lebenserwartung pensioniert. Sie können es sich ausserdem auch leisten, wesentlich vor dem ordentlichen Rentenalter in Pension zu gehen. In der Finanzindustrie zum Beispiel lag das durchschnittliche Rentenalter in den Jahren 2016 bis 2020 bei 62,8 Jahren – und wie es mit Durchschnitten so ist: hier sind die Daten der Herren Investmentbanker genauso eingeflossen wie die der Frau am Bankschalter. Also ausgerechnet von der Branche, die mit viel Geld Parteien und Initiativen unterstützt, die das Rentenalter weiter anheben wollen.

WAS IST JETZT MIT DEM HEIRATEN?

Und wie ist das jetzt mit dem Zivilstand, mit dem das BSV auf dankbare Redaktionen stiess? So: Verheiratete leben im Vergleich zu Ledigen im Durchschnitt bis zu sechs Jahre länger. Männer profitieren mehr von einer Heirat als Frauen. Die Ehe für alle hat die Schweiz nach langem Hin und Her endlich eingeführt. Und das ist gut so. Von Löhnen und Renten zum Leben für alle sind wir noch weit entfernt. Und das bleibt ein Skandal für Ledige, Lierte, im Konkubinatsalter Lebende und Verheiratete.

TROTZ BESSERER MEDIZIN KEINE FORTSCHRITTE

Die neue Studie im Auftrag des Bundesamtes für Sozialversicherungen untersucht Daten aus den letzten drei Jahrzehnten. In diesen hat sich der Unterschied in der Lebenserwartung zwischen den Klassen nicht verringert, obwohl die Lebenserwartung allgemein



gestiegen ist. Während der Coronapandemie hat er sich tendenziell sogar noch vergrössert: Menschen mit kleinsten und kleinen Einkommen starben überdurchschnittlich oft an den Folgen einer Covid-Erkrankung. Sie waren bei der Arbeit einem grösseren Ansteckungsrisiko ausgesetzt, hatten schlechteren Zugang zu medizinischer Betreuung und lebten in beengten Wohnverhältnissen.

IN DER KRISE. Die Studie bestätigt, was work schon vor fünf Jahren schrieb: Das Coronavirus macht medizinisch keinen Unterschied zwischen den Klassen. Aber die soziale Lage der Klassen bestimmt, wie die Menschen durch die Krise kommen: gesundheitlich und ökonomisch. work berichtete: rebrand.ly/corona-klassenfrage.

«Die Menschen müssen vom Lohn leben können» Fortsetzung von Seite 13

Und was ist mit dem Alter? Ist das nicht auch ein Treiber von Armut?

Natürlich gibt es in der Schweiz auch Altersarmut. Aber dabei ist es wichtig, nicht nur das Einkommen der Rentnerinnen und Rentner zu berücksichtigen, sondern

«Arbeitgeber müssen sich mehr um ihr Personal kümmern – gerade beim Thema Bildung.»

auch ihr Vermögen. Die Armutsstatistik des Bundes, die nur die Einkommen berücksichtigt, ist kein guter Indikator für das Alter. Wir fordern schon lange eine kantonale Armutsbeobachtung auf Basis von Steuerdaten. Diese wür-

den die finanzielle Situation der Haushalte viel besser abbilden. Aber zurück zum Alter: Das Alter allein ist kein Armutsrisiko. Im Alter geht die Schere aber stark auseinander. Jene, die im Erwerbsalter schon wenig Geld hatten, haben auch im Alter wenig Geld. Und jene, die bereits im Erwerbsalter viel Geld hatten, haben im Alter noch mehr. Deshalb fokussieren wir bei der Caritas auf das Erwerbsalter.

Kommen wir zurück zur Bildung: Die Caritas bemängelt die ungenügenden Aus- und Weiterbildungschancen für Erwachsene. Warum müssen die Arbeitgeber in die Verantwortung gezogen werden?

Arbeitgeber müssen sich mehr um ihr Personal kümmern – ge-



ALINE MASÉ: «Wer bereits in Armut aufwächst, hat ein viel höheres Risiko, im Erwachsenenalter auch in Armut zu leben.» FOTO: YOSHIKO KUSANO

rade beim Thema Bildung. Ein Hindernis für eine Aus- oder Weiterbildung bei Erwachsenen ist das fehlende Geld. Die Kurskosten sind schlicht zu hoch für Menschen mit tiefem Einkommen. Da müssen Arbeitgeber mehr Hand bieten und die Kosten übernehmen. Und das andere ist das Zeitmodell: Der Weg, dass

man sein Arbeitspensum für eine Weiterbildung reduziert, ist für sehr viele Erwachsene nicht gangbar, weil sie sonst nicht mehr mit dem Lohn über die Runden kommen. In solchen Fällen wäre eine Flexibilität seitens Arbeitgeber eine enorme Entlastung. Arbeiterinnen und Arbeiter müssen gefördert und weiterge-

bildet werden. Unabhängig von der Motivation und den finanziellen und zeitlichen Möglichkeiten der Arbeitgeber.

Bessere Bildungschancen helfen also gegen Armut?

Die Armut in der Schweiz können wir um einen beachtlichen Teil verkleinern, wenn wir die Vererbung von Armut verhindern. Zum Beispiel, indem Kinder aus armen Familien Chancengleichheit auf dem Bildungsweg erhalten und indem man Familien mit Ergänzungsleistungen unterstützt, damit Kinder nicht in Armut aufwachsen müssen. Denn wer bereits in Armut aufwächst, hat ein viel höheres Risiko als andere Menschen, im Erwachsenenalter auch in Armut zu leben. Diesen Zusammenhang müssen wir durchbrechen.

SVP-Bauer zockt Ukraine-Flüchtlinge ab

Schamlos ausgenutzt

Drei Jahre nach dem russischen Überfall auf die Ukraine haben in der Schweiz rund 12 000 Kriegsflüchtlinge Arbeit gefunden. Einige werden ausgebeutet – wie ein Fall aus Schaffhausen zeigt.

JONAS KOMPOSCH

Jahrelang lebten rund 7000 ukrainische Staatsangehörige in der Schweiz. 10 Prozent von ihnen – und damit die grösste Gruppe – war laut Bundesstatistik im Grosshandel tätig. Eine direkte Folge des ukrainischen Rohstoffreichtums und der Schweizer Führungsrolle im globalen Öl-, Kohle-, Mineralien- und Getreidehandel. Dann kam der 24. Februar 2022. Die russische Armee überzog das einstige «Brudervolk» mit einem mörderischen Grossangriff. Die grösste Fluchtbewegung in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg brach los. In der Schweiz suchten seither 100 000 Menschen

«Seit dem ersten Tag in der Schweiz arbeite ich.»

ANASTASIIA PTASHKA

Zuflucht – mehrheitlich Frauen und Kinder. Aktuell leben 67 000 ukrainische Flüchtlinge hier. Knapp 30 Prozent, rund 12 000, sind erwerbstätig – Tendenz kontinuierlich steigend –, aber freilich nicht auf den gut dotierten Posten der Rohstoffhandelsplätze Genf oder Zug. Sondern hauptsächlich im Niedriglohnsektor. Im Kanton Bern etwa sind die meisten Ukraine-Flüchtlinge in der Hotellerie und Gastronomie tätig. Schweizweit beträgt ihr Durchschnittslohn brutto 4600 Franken für ein Vollzeitpensum.

Von einem solchen Lohn konnte Anastasiia Ptashka (23) lange nur träumen. Frisch in der Schweiz, habe sie sich sogar «wie eine Sklavin» gefühlt.

«KONNTE NUR NOCH KRIECHEN»

Ptashka ist gelernte Coiffeuse und stammt aus der Stadt Sumy. 40 Kilometer weiter östlich verläuft die Front. Bei Kriegsbeginn wurde Sumy umzingelt. Doch Ptashka war da bereits weg. Kurz vor der Invasion war sie nach Polen gereist, da sie dort Arbeit in einer Fabrik gefunden hatte. Im April 2022 folgte sie ihrem Freund in die Schweiz. Er hatte im Kanton Schaffhausen schon vor dem Krieg ein Agrarpraktikum begonnen. Der Landwirt, ein gut vernetzter Bauernfunktionär und SVP-Politiker, bot auch Ptashka Arbeit an. Sie sagt: «Seit dem ersten Tag in der Schweiz arbeite ich – und zwar hart!» Sie habe alles gemacht, was man ihr zugewiesen habe. «Manchmal war ich so erschöpft, dass ich nur noch kriechen konnte.» Regelmässig habe sie auch derartige schwere Lasten schleppen müssen, dass ihr Rücken schmerzte. Und beim Klauenschneiden habe ihr eine Kuh fast den Schädel gebrochen. Gemurrt habe sie trotzdem nie. Dann aber blieb ihr Lohn aus – zwei Monate lang.

Der Bauer begründete dies gegenüber dem Onlinemagazin «Republik» mit dem Status S (siehe Box). Diesen habe Ptashka erst ab Juni 2022 erlangt – und also vorher gar nicht arbeiten dürfen. Ihre vorherige Mitarbeit habe der Bauer als «ein bisschen mitgeholfen» umschrieben. Alle übrigen Vorwürfe seien falsch. Ptashka aber schwört: «Ich habe von Anfang an voll gearbeitet!» Und selbst derjenige Lohn, den sie erhielt, war tief. Tiefer noch als die 3385 Franken, die der kantonale Normalarbeitsvertrag der Landwirtschaft empfiehlt. Dies notabene bei einer 55-Stunden-Woche und nur eineinhalb freien Tagen. Zudem verrechnete ihr der Bauer monatlich 990 Franken für Kost und Logis, wobei ihr Zimmer nicht beheizt gewesen sei.

FAST OBDACHLOS IM WINTER

«Die Enttäuschung warf mich völlig aus der Bahn», sagt Ptashka. Dennoch habe sie weiterge-

macht, in der Hoffnung auf Besserung. Als nach anderthalb Jahren ihr Arbeitsvertrag auslief, erhielt sie am 28. November 2023 einen Brief. Sie glaubte, es sei der neue Vertrag. Stattdessen stand da: «Deine Anstellung endet auf deinen Wunsch am 30.11.23. (...) Ab 1.12.23 verfügen wir ein Hausverbot.» Mit dem Rauschmiss sei ihr Leben ins Chaos gestürzt, zumal der Bauer ihr noch Lohnabzüge gemacht habe. «Es war Winter, und ich hatte weder Geld noch Bleibe, ich war verzweifelt und wollte schon in die Ukraine zurück.» Doch dank dem letzten Geld ihrer Mutter sei ihr das Kunststück gelungen, innert zwei Tagen ein neues Mietzimmer zu finden. Aber schon meldete sich die Arbeitslosenkasse: Da sie selbst gekündigt habe, müsse sie 31 Einstelltage hinnehmen, also einen Monat ohne Entschädigung ausharren. Zum Glück hatte Ptashka von der Unia gehört.

«Die Menschen in der Schweiz lächeln immer.»

ANASTASIIA PTASHKA

UNIA-ANWALT INTERVENIERT

Im Sekretariat in Zürich stiess sie auf Anwalt Vadim Drozdov – und der handelte sofort. Drozdov brachte den Bauer bald dazu, einen Teil der Lohnabzüge zurückzuzahlen. Und Mitte Januar gelang der Durchbruch vor Obergericht: Die Arbeitslosenkasse musste die Einstelltage zurücknehmen

KAUM IN DER SCHWEIZ, SCHON AM CHRAMPFEN: Anastasiia Ptashka und ihr Freund Oleksandr hatten mit ihrem ersten Arbeitgeber kein Glück.

FOTO: MAURICE HAAS



ILLU: LAURA GONZALEZ MARTINEZ

Laura und die Angst

In der letzten Woche hatte ich viele spannende und persönliche Gespräche mit den unterschiedlichsten Menschen. Jedes Gespräch hatte auch mit der eigenen Angst zu tun. Da war die Kollegin, die sich beruflich weiterentwickeln



Laura mal laut

Laura Gonzalez Martinez ist Verkäuferin in Zürich und Gewerkschafterin.

möchte. Sie hat aber Angst, nicht zu genügen. Sie rackert sich ab, wird aber das ewige Gefühl nicht los, trotz allen Bemühungen auf der Stelle zu treten. Eine weitere Kollegin hat Angst, in Altersarmut zu landen. Obwohl sie immer gearbeitet hat, schwere Schicksalsschläge ertragen musste, ihre Kinder erzo- gen und immer «funktioniert» hat. Sie hat Angst, dass ihre bisherige Arbeit für ihre

Ängste lähmen uns. Aber sie sorgen dafür, dass wir uns organisieren und dagegensteuern.

Zukunft nicht genügen wird. Eine andere Kollegin befürchtet, die Rechnungen nicht mehr bezahlen zu können, und überlegt sich, eine weitere Anstellung anzunehmen, neben ihrem Hundert-Prozent-Job im Verkauf. Noch eine Kollegin hat Mobbing auf der Arbeit ertragen müssen und musste ihre Angst überwinden, um dagegen angehen zu können. Noch immer ist sie unsicher, ob ihr das nicht auch woanders passieren könnte.

MEIN REZEPT. Eine weitere Kollegin musste in eine teurere Wohnung ziehen. Finanziell wird es sehr eng. «Es darf nichts dazwischenkommen», sagt sie. Kein Zahnweh, keine Krankheit. Nichts. Eine Kollegin hat Angst, dass Ausländerfeindlichkeit zur Tagesordnung wird. Wütend fragt sie: «Ich habe mir meine Nationalität nicht ausgesucht. Und was bitte ist falsch daran?»

Auch ich erzähle meinen Kolleginnen: Ich habe Angst, dass wir auf Zeiten zusteuern, in denen ich nicht mehr über mich bestimmen darf. Meine Bewegungs- und Entscheidungsfreiheit eingeschränkt wird. An zahlreichen Orten auf dieser Welt ist das für viele Menschen Realität.

Jede einzelne Angst ist überwältigend. Die Politik hier bei uns und weltweit geht auf eine Richtung zu, die brandgefährlich und angsteinflössend ist. Diese Ängste lähmen uns. Aber sie sorgen auch dafür, dass wir uns organisieren und dagegensteuern. Darüber zu sprechen gibt enormen Zusammenhalt und Kraft. Zuhören, reden und reden lassen. Genau das ist mein Rezept, um viel Kraft zu tanken. Denn so weiss ich: Wir sind viele!

Status S: Parlament will einschränken statt ausweiten

Im Dezember 2024 beschloss die rechte Parlamentsmehrheit, den Schutzstatus S einzuschränken. Er soll nur noch für jene Ukrainerinnen und Ukrainer gelten, die aus besetzten oder umkämpften Gebieten stammen. Der Status S ist seit März 2022 in Kraft und befreit Ukraine-Flüchtlinge – bisher exklusiv – von einem langwierigen Verwaltungsverfahren und garantiert Arbeitsfreiheit. (jok)

und Ptashka ausbezahlen. «Ich bin froh, dass die Wahrheit ans Licht gekommen ist», sagt sie. Groll gegen die Behörden oder gar die Schweiz hege sie nicht. Im Gegenteil gefalle es ihr hier sehr: «Die Menschen lächeln immer und unterhalten sich sogar, wenn sie sich nicht kennen.» Und dann die Landschaften: «einfach atemberaubend». Auch beruflich läuft es endlich: Unia-Mitglied Ptashka arbeitet jetzt als Landschaftsgärtnerin – in derselben Gartenbaubude wie ihr Freund.

Und die Heimat? Die vermisse sie extrem. Eine baldige Rückkehr sei aber nicht realistisch, zumal sie die neusten Verhandlungen zwischen Trump und Putin kritisch sehe: «Einerseits erscheint jede Diplomatie, die den Krieg beenden könnte, verlockend.» Doch wenn es nur darum gehe, Gebiete abzutreten, handle es sich nicht um Frieden, sondern um Kapitulation.

Tödliches Attentat auf Streikdemo von Staatsangestellten in München Amel kämpfte für Gerechtigkeit

Ein Mann rast mit seinem Auto in eine Demo der Gewerkschaft Verdi. Die Ingenieurin Amel und ihre Tochter sterben, 37 Menschen werden verletzt. Angehörige und Verdi mahnen, den Anschlag nicht für Hass und Hetze zu instrumentalisieren.

JONAS KOMPOSCH

Es ist der brutalste Angriff auf eine Gewerkschaftsveranstaltung in der Geschichte der Bundesrepublik. Am Donnerstag, dem 13. Februar, demonstrieren rund 2000 Angestellte öffentlicher Institutionen durch München. Dies im Rahmen eines Warnstreiks der Gewerkschaft Verdi für bessere Gesamtarbeitsverträge bei Bund und Kommunen. Dann geschieht es. Ein weisser Mini Cooper überholt das Polizeiauto am Ende des Umzugs und rast von hinten in die Menschenmenge. Zwar zückt ein Polizist noch seine Pistole und feuert auf den Fahrer. Doch es ist zu spät, das Auto wird zur Waffe. 39 Menschen werden verletzt, viele davon schwer. Die 37jährige Ingenieurin Amel und ihre 2jährige Tochter Hafsa, die sie im Kinderwagen dabei hatte, erliegen später ihren Verletzungen. Andere Gewerkschafterinnen und

Gewerkschafter kämpfen laut Verdi noch immer um ihr Leben.

ISLAMISTISCHE BLITZRADIKALISIERUNG?

Der Fahrer, ein 24jähriger Afghane, wird noch am Tatort verhaftet. Dabei soll er laut einem Polizisten «Allahu Akbar» (Gott ist grösser) gerufen haben. Wenige Stunden später behauptete der bayerische Innenminister Joachim Herrmann (CSU), der Täter sei bereits durch Ladendiebstähle und Drogendelikte bekannt gewesen. Doch ebenso schnell musste sich der Wahlkämpfer entschuldigen und zugeben, dass dies Falschinformationen seien. Als gesichert gilt hingegen Folgendes: Der Täter ist 2016 als unbegleiteter Minderjähriger nach Deutschland gekommen. Zuvor hatte er per Boot das Mittelmeer überquert. Beim damals 15jährigen wurde eine posttraumatische Belastungsstörung diagnostiziert. Sein Asylantrag wurde 2020 abgelehnt, doch erhielt er kurz darauf wegen der Machtergreifung der Taliban einen Duldungsbescheid. Und der Polizei bekannt war der Täter bloss wegen einer verwaltungsrechtlichen Bagatelle und weil er als Zeuge gegen Diebe aufgetreten war. Zuletzt arbeitete er nämlich legal als Ladendetektiv.

Privat präsentierte er sich auf Social Media als Bodybuilder und in übersteigertem Glamourchic. Aber auch religiöse Inhalte fanden sich auf seinen Profilen. Laut Recherchen des «Tagesspiegels» folgte er mehreren islamistischen Predigern. Die Generalbundesanwaltschaft, die den Fall übernommen hat, geht daher von einem islamistischen Motiv aus. Szenenkenner vermuten eine Blitzradikalisierung übers Internet.

AFD: «HABEN SHOW GEHABT»

In weiser Vorahnung meldeten sich die Angehörigen der beiden Getöteten sofort zu Wort und hielten fest: «Amel ist in Algerien geboren und (...) war ein Mensch, der sich für Gerechtigkeit eingesetzt hat. Sie war aktiv für Solidarität, Gleichheit und setzte sich für Arbeitneh-



GROSSE ANTEILNAHME: Mit Blumen und Kerzen nehmen die Menschen Abschied von der getöteten Gewerkschafterin und ihrer Tochter. FOTO: VERDI

denrechte ein und gegen Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung. Ihr war es sehr wichtig, ihrer Tochter diese Werte mitzugeben. Wir möchten bekräftigen, dass der Tod und der Verlust nicht benutzt werden, um Hass zu schüren und ihn politisch zu instrumentalisieren.»

Doch manchen ist Pietät egal. AfD-Landeschef Stephan Protschka versammelte sich drei Tage nach dem Attentat mit rund dreissig Getreuen am Tatort um – mit reichlicher medialer Begleitung – Blumen niederzulegen. Dagegen wehrten sich jedoch rund 400 Protestierende mit einer Menschenkette. Die AfDler mussten ihre Blumen anderswo ablegen. Und dann sagte Chef Protschka zu seinen Leuten (und in eine Kamera), jetzt könne man heimgehen. Denn: «Unsere Show haben wir gehabt.» Kein Geden-

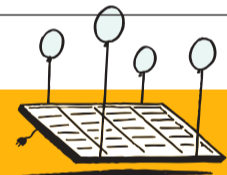
ken also, sondern pure Show in der heissen Phase des Wahlkampfs.

Der Verdi-Migrationsausschuss fand dafür klare Worte: «Wir Migrantinnen und Menschen mit Migrationsgeschichte werden für nahezu alles verantwortlich gemacht, was in Deutschland gerade falschläuft. Für schreckliche Taten Einzelner werden alle in Haftung genommen und Grundrechte wie das Asylrecht faktisch abgeschafft. In Deutschland leben fast 25 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund – ohne uns läuft nichts. Die schlechte Finanzierung der Schulen, zu hohe Mieten, lange Wartezeiten für Arzttermine und die Gefahr eines Krieges (...) brauchen andere Antworten als Hetze gegen Migranten. (...) Dies wird das Leben der Arbeitnehmenden hierzulande nicht verbessern.»

HILFE FÜR OPFER

Die Verletzten, Hinterbliebenen und Traumatisierten von München brauchen unsere Solidarität! Jetzt spenden unter www.gewerkschaften-helfen.de

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



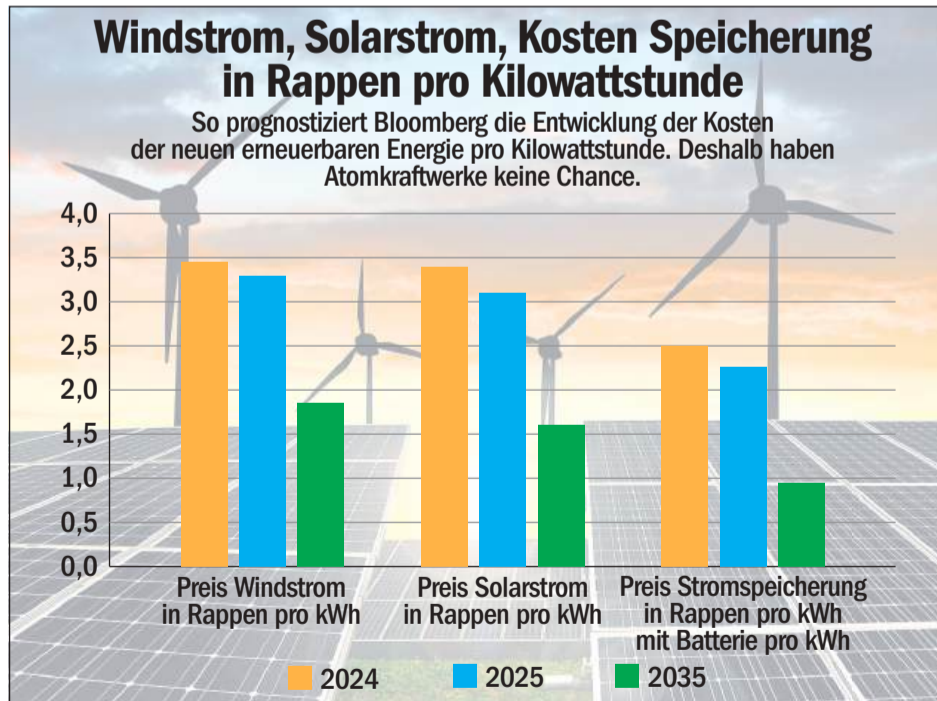
Wind- und Solarstrom: Die Preise gehen noch tiefer in den Keller!

Zurzeit fallen politisch allerlei Masken: von Trump über Rösti und Keller-Sutter bis zu Habeck: Dennoch gibt es in Sachen ökologischem Umbau Hoffnung.

Zurzeit fallen politisch die Masken: SVP-Bundesrat Albert Rösti forderte die schweizerisch-amerikanischen Doppelbürgerinnen und Doppelbürger auf, für Donald Trump zu stimmen. Jetzt haben wir die Sauce!

Und Ex-SVP-Bundesrat Ueli Maurer hat es mit der deutschen Partei AfD, die von den Rassisten um den rechtsextremen Björn Uwe Höcke kontrolliert und dominiert wird. Sie wollen die Windmasten umsägen und Millionen von Menschen vertreiben. Die Steuern für die Reichen und die Superreichen sollen massiv gesenkt werden. Für Frankreichs Rechtsaussenpolitikerin Marine Le Pen sind Höcke & Co. zu rechts. Nicht so für Ueli Maurer, für ihn sind das seine «lieben Freunde»: Vor den deutschen Wahlen trat er per Videobotschaft bei der AfD auf und grüsste die AfD-Kanzlerkandidatin Alice Weidel freundschaftlich mit «Hoi Alice!»

Trump regiert mit Dekreten am Volk, am Parlament und an den Gerichten vorbei. Er hat jetzt die Zölle für Stahl und Aluminium um 25 Prozent erhöht. Das ist auch ein Schlag gegen Schweizer Industriestandorte wie Gerlafingen, Chippis und Steg. Die US-Besitzer dieser Walliser Werke, Novelis und Constellium, können auch in den USA produzieren. Die Buezer nicht. Ihnen



PROGNOSEN, DIE HOFFNUNG MACHEN: Bei diesen Preisentwicklungen wird niemandem mehr in den Sinn kommen, ein Atomkraftwerk zu bauen. FOTO: ISTOCK / ZVG

drohen weitere Entlassungen. Und da sagt doch Ems-Chefin und Multimilliardärin Martullo-Blocher: Trump sei wie sie ein Freund der Schweiz.

Und die unterwürfige Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter alias KKS findet die Rede von US-Vizepräsident J. D. Vance echt «schweizerisch». Dieser erklärt allen, die es noch nicht bemerkt haben sollten: «Ein neuer Sheriff sei in der Stadt.» Für Ex-Bundesrat Pascal Couchepin ist das US-Imperialismus.

POLITIK UND TECHNIK. Trump steigt aus dem Pariser Klimaabkommen aus. Sind jetzt dessen Ziele nicht mehr zu erreichen? Viele von uns sind pessimistisch. Vielleicht etwas zu Unrecht, wie Belgien und Holland zeigen. Die Politik möchte dort Atomkraftwerke bauen lassen. Sie finden aber keine Investoren. Und die Axpo, die den Mittellandkantonen gehört, verkauft 580 Millionen Kilowattstunden Ökostrom an Volkswagen. Wie ist das möglich? Die Stromproduzentin-

nen Axpo, Alpiq, BKW & Co. produzieren in Europa pro Jahr mindestens 12 Milliarden Kilowattstunden günstigen, neuen und erneuerbaren Strom. Sie können also doch, wenn sie wollen! Das US-Medienunternehmen Bloomberg hat zusammengestellt, wie sich die Preise entwickeln – und auf die kommt es an:

Bis 2035 werden Batterien pro gespeicherte Kilowattstunde Strom nur noch 50 Franken kosten. Wenn eine Batterie 5000 Zyklen lang funktioniert, kostet die Kilowattstunde nur mehr einen Rappen, wenn wir dann aus Tagesstrom Nachtstrom machen werden.

1. Sonnenstrom und Windstrom werden auf 2,5 Rappen pro Kilowattstunde sinken.
2. Dazu kommen dezentrale Generatoren, die immer billiger werden. Und mit denen wir auch Dunkelflauten überwinden können.
3. Dazu kommen die politischen Instrumente «Zusammenschluss zum Eigenverbrauch» (ZEV, mehrere Verbraucherinnen und Verbraucher im gleichen Haus oder auch mehrere Grundstücke können sich zusammenschliessen und gegenüber dem Energieversorger als Kundschaft auftreten), virtuelles ZEV und «lokale Elektrizitätsgemeinschaften» (LEG). Dies dank dem neuen Stromgesetz und der letzte Woche publizierten Verordnungen.

Bald einmal wird uns künstliche chinesische Intelligenz spottbillig vorschlagen, welche Lösung – Quartier für Quartier – ökologisch und ökonomisch die sinnvollste ist. Vielleicht.

LINKS ZUM THEMA:

- rebrand.ly/elefantenrunde
Elefantenrunde im deutschen Fernsehen. Die Union machte nur 28,5 Prozent der Stimmen. SPD, Grüne und Linke kommen auf 36,8 Prozent. Innerhalb der Linken sackte die SPD ab, während die Linke die Jugend mobilisierte und zulegte. Das Bündnis Sahra Wagenknecht und die FDP scheiterten an der 5-Prozent-Hürde. Noch wichtiger bei der Elefantenrunde: Der Klimaschutz ist kein Thema, obwohl die AfD in Deutschland massiv schlechter abschnitt als die SVP in der Schweiz. Der grüne Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, Robert Habeck, ist ein opportunistischer Seifensieder.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

Wahlen in Deutschland

Das Heidi, das keines ist



DAS GESICHT DES ERFOLGS: Heidi Reichinnek geht auf Social Media viral und überzeugt mit ihren Reden. FOTO: KEYSTONE

Ein Dammbbruch: In Deutschland regiert die rechtsextreme AfD künftig mit. Egal, mit wem Friedrich Merz (CDU) seine Koalition baut. Doch work hat auch eine gute Nachricht.

OLIVER FAHRNI

Neonazis zündeten seinen kurdischen Eltern das Haus im Berliner Bezirk Neukölln an. Es war nur einer von mehreren Mordanschlägen auf Ferhat Koçak. Rechtsextreme und Bürgerliche hatten den Mann mit dem starken Engagement gegen Rassismus zum Feindbild erklärt. Doch jetzt wurde Koçak für die Partei Die Linke rauschend in den Bundestag gewählt, weit vor den Figuren von AfD und CDU. Die Partei, die niemand auf dem Schirm hatte, ist nach einem fulminanten Wahlkampf die lokal stärkste Kraft in der Hauptstadt.

KABALE UND HIEBE

Nun wird viel Trübseliges über Deutschland zu lesen und zu sehen sein. Etwa, wie die AfD, die zwischen trumpistischem Irrsinn und offenem Neofaschismus laviert, ihren Stimmenanteil auf 20,8 Prozent verdoppeln konnte. Und dabei jedes Bundesland in Ostdeutschland gewann. Oder wie sich die früher stolze SPD nach ihrer historischen Niederlage (16,4 Prozent) für den Wahlsieger Friedrich Merz von der CDU (28,5 Prozent) herausputzt und dafür die allerletzten Reste Sozialdemokratie abschminkt. Oder wie die Köpfe der Grünen jeden rechten, asozialen und antiökologischen Mist mitmachen, um nicht draussen vor der Tür zu bleiben.

Kabale und Hiebe heisst das gruselige Stück Politik-Theater der nächsten Wochen. In der Hauptrolle: Friedrich Merz. Er, der Unbeliebte, darf nun eine Weile in der Sonne stehen, als Kanzler der europäischen Führungsmacht.

Der Platzhalter der Finanzfonds und Konzerne hat im Wahlkampf mit rassistischem Zungenschlag die AfD-Themen Migration und Sicherheit bespielt. Sein brutal neoliberales Programm kann die Probleme nur verschärfen. Deutschland verliert gerade beschleunigt seine industriellen Grundlagen, also seine Arbeit. Die Gesellschaft ist tief zerrissen, ein wachsendes Armutsproblem (jede und jeder fünfte lebt bereits in Not) treibt viele in existentielle Ängste vor Abstieg und Prekarität. Allein um die zerfallenden Infrastrukturen zu retten, müsste Merz sofort 600 Milliarden Euro finden – und das trotz Schuldenbremse und geplantem Steuerabbau für die Besitzenden.

DIE GUTE NACHRICHT

Bei aller bürgerlichen Rhetorik weiss Merz genau, dass er für sein Paradies der Superreichen die Demokratiefinde von der AfD braucht (vor allem, seit die Oligarchenpartei FDP endlich ausgeschieden ist). Da schnappt dieselbe Falle zu wie schon in Frankreich und Italien. Wo ein radikalisiertes Bürgertum (die «bürgerliche Mitte») für das Kapital die sozialen Sicherheiten schleift, regieren die Neofaschisten mit, auch ohne offizielles Bündnis.

Doch vielleicht liegt die entscheidende Erkenntnis dieser Bundestagswahl versteckt unter dem medialen Getöse. Bei den Wählerinnen und Wählern unter 30 hat klar die Linke gewonnen vor AfD und elf Punkte vor der CDU. Bei Erstwählenden holte sie gar 27 Prozent.

Das überraschte. Bei der Europawahl vor acht Monaten lag die Linke noch bei 2,4 Prozent.

«WER KANN HEUTE NICHT LINKS SEIN?»

Verblüfft rangen die Kommentatoren jetzt um Erklärungen für den schnellen Aufstieg. Manche fanden sie in der linken Spitzenkandidatin Heidi Reichinnek. Sie ist ein Star auf Tiktok und Instagram. Im Bundestag sorgt die 36jährige immer wieder für Furore, blitzgescheit, scharf analysierend, mit alterer Körpersprache und hellem Gemüt. Ihre Brandrede gegen Merz' Tändelei mit der AfD ging sofort millionenfach

viral, Merz blieb das süffisante Grinsen im Hals stecken. Co-Spitzenkandidat Jan van Aken nennt sie die «Queen» des Parlaments, der Rapper MC Smook widmete ihr einen Song.

Nur, das Phänomen Linke auf «Heidi und die sozialen Netzwerke» zu beschränken, greift zu kurz. In Wahrheit hat sich die alte Leninisten-Partei in Richtung einer Graswurzelbewegung verwandelt. Schon 2016 testeten sie Haustür-Wahlkämpfe, 2025 klopften Tausende

Nur die Linke bringt Verbesserung für 70 Prozent der Bevölkerung.

von Aktivistinnen und Aktivisten an Türen, «um zu hören, nicht um zu reden». Etwa in Neukölln das «Team Koçak». Das schlägt sich in Programm und konkreter Arbeit nieder. Bei der Linken gibt es Sozialberatung, einen Mietwucher-Rechner, ein Meldeportal gegen Mindestlohnbetrug, Heizkostenrechner, Rechts-hilfe... Helfen statt PR und Seminare über Immigration: Mietendeckel, Vermögenssteuer, Familienhilfe, mehr Gewerkschaftsrechte, mehr Demokratie, gerechte Klimapolitik usw. Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim hat alle Parteiprogramme durchgerechnet. Resultat: Nur die Linke bringt Verbesserungen für 70 Prozent der Bevölkerung – und das ist voll finanziert. Da fragt Reichinnek: «Wer kann bei den heutigen Verhältnissen nicht links sein?»

GESELLSCHAFT GEGEN DAS KAPITAL

Doch sie weiss: Jene, die in Not oder in Angst um den Job leben, wählen oft AfD – vor allem die Männer. Also will sie «klare Kante» geben: Mobilisierung, Basisarbeit und Parlamentarismus müssten zur gesellschaftlichen Macht entfaltet werden. Mehr als 35 000 Neumitglieder seit Januar teilen diese Vision. Und einige Hundert Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter stützten den Wahlappell der Linken. Damit die AfD in spätestens vier Jahren nicht zur Macht spaziert.



TÖDLICHE SCHÄTZE

Kurz vor seiner Ermordung durch den belgischen Geheimdienst schrieb der kongolesische Befreiungsheld Patrice Lumumba einen Brief an seine «geliebte Gefährtin» Pauline: «Meine Person ist unwichtig. Ich weiss, dass der Tag kommen wird, da sich das Volk von Kongo wie ein Mensch erhebt und diesem er-

Die Methode des Kapitals, seinen Zugriff auf die Stoffe zu sichern, ist der Bürgerkrieg.

niedrigen-den Kolonialismus ein Ende macht.» Lumumba, der erste

Regierungschef des freien Kongo, wurde 1960 auf Befehl der USA abgesetzt und den Mördern ausgeliefert. Seine Vision eines geeinten Kongo, das über sein eigenes Schicksal bestimmt, hat sich nicht erfüllt. Das Kolonialsystem (zuletzt unter Belgien) ist durch ein globales Imperium kapitalistischer Riesenkonzerne und ihrer politischen Söldner abgelöst worden.

BLUTERDEN FÜR HANDYS. Der Fluch des riesigen Landes (56 Mal die Schweiz) ist sein immenser Reichtum. Auf seine Plünderung sind bedeutende Teile des europäischen und US-amerikanischen Kapitalismus gebaut. Zuerst war die Sklaverei. Dann der Gummi-Boom. Öl, Kupfer, Gold, Diamanten, Uran und Plutonium für Strom und Bomben (Hiroshima). Jetzt die «Bluterden»: Kobalt, Tantal, Wolfram, Platin usw. für Smartphones, Batterien, Computer, Teslas. Wahrscheinlich ist Kongo das einzige Land der Welt, in dessen Boden sämtliche strategischen Stoffe der digitalen Welt stecken. Die USA fördern 500 Tonnen Kobalt, Kongo 100 000 Tonnen.

TRUMP MISCHT MIT. Die Methode des Kapitals, seinen Zugriff auf diese Stoffe zu sichern, ist der Bürgerkrieg. Über korrupte Eliten kam es immer wieder zu Umstürzen und Kriegen, besonders im rohstoffreichen Osten Kongos, zu den grossen Seen hin, der Wiege der Menschheit. Bisher starben in diesen Kriegen mindestens sechs Millionen Menschen. Als 1997 der mörderische Diktator Sese Seko Mobutu vertrieben wurde, hatte er auf Schweizer Bankkonten und anderswo 5 Milliarden Dollar gebunkert.

Heute brennt Kongo erneut. Im Januar hat die Rebellenarmee M23 die beiden Kivu-Provinzen im Osten erobert, mit Unterstützung rwandischer Militärs. Denen geht es nach dem rwandischen Genozid von 1994 (1 Million Tote) auch um Sicherheit. In Kivu werden etwa 20 Prozent der Weltproduktion des Coltan-Erzes abgebaut. Deshalb fordert die Regierung von US-Präsident Donald Trump den Abzug der M23. Der Skandal: Die US-Techno-Oligarchen haben Kongo ins Fadenkreuz genommen.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein 2020 im Verlag Bertelsmann (München) erschienenes Buch **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten** kam im Frühling 2022 als Taschenbuch mit einem neuen, stark erweiterten Vorwort heraus.



Das offene Ohr

Myriam Muff von der Unia-Rechtsabteilung beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

Taggelder von der Suva: Muss ich die AHV-Beiträge selbst bezahlen?

Wegen eines Unfalles beziehe ich seit längerer Zeit Suva-Taggelder. Da ich noch angestellt bin, leitet mir meine Arbeitgeberin die Suva-Taggelder weiter. Nun habe ich aber von der AHV-Ausgleichskasse eine Rechnung zur Bezahlung der AHV-Beiträge erhalten. Da ich immer den Nettolohn erhalten habe und somit die AHV-Beiträge bereits abgebogen waren, bin ich der Meinung, dass ich nicht plötzlich die AHV-Beiträge selbst bezahlen muss. Stimmt das?

MYRIAM MUFF: Nein. Was stimmt, ist, dass wenn Sie den normalen Lohn erhalten, Ihre Arbeitgeberin Ihren Anteil an die Sozialversicherungsbeiträge, inklusive die AHV-Beiträge, direkt von Ihrem Lohn abzieht und dann zusammen mit dem Arbeitgeberanteil die gesamten Sozialversicherungsbeiträge einzahlt. Dann müssen Sie nichts mehr selbst bezahlen. Wenn Sie aber Taggelder von einer Unfallversicherung erhalten, in Ihrem Fall Suva-Taggelder, sind diese zwar betragsbefreit. Das heisst aber nur, dass Ihre Arbeitgeberin für diese Zeit keine AHV-Beiträge für Sie zahlen muss. Sie selber bleiben jedoch gestützt auf das Gesetz AHV-pflichtig: Ab dem Moment, in dem Sie die jährlichen AHV-Mindestbeiträge (514 Franken für das Jahr 2024, 530 Franken für das Jahr 2025) nicht via Lohn eingezahlt haben, müssen Sie die AHV-Beiträge selbst einzahlen, weil sonst Versicherungslücken entstehen, die später zu Rentenkürzungen führen würden. Somit empfehle ich Ihnen, die Rechnung der Ausgleichskasse zu bezahlen.

Angestellt als Réceptionistin: Darf mein Chef mich anders einsetzen?

Mein Arbeitgeber hat mir meine Tätigkeit als Réceptionistin in einer Zahnarztpraxis gekündigt. Dort habe ich jeweils während der Zahnbehandlungen assistiert. Weil mein Chef meine Nachfolgerin einarbeiten will, will er mich während der Kündigungsfrist nicht mehr als Assistentin arbeiten lassen. Auch soll ich keine Termine mit den Kunden mehr vereinbaren. Stattdessen will er mir Arbeiten im Backoffice geben. So soll ich einfache Briefe schreiben. Ist das zumutbar? Und wie verhält es sich, wenn ich auch noch helfen soll, sein Büro zu zügeln?

MYRIAM MUFF: Einfache Briefe zu schreiben erscheint in der konkreten Situation als zumutbar. Es kommt immer darauf an, welche Arbeiten Sie konkret vertraglich übernommen haben. Meistens gibt es ein Pflichtenheft, in dem die Arbeiten, die Sie erledigen müssen, aufgelistet sind. Allgemein kann gesagt werden, dass die zu einer Stelle normalerweise gehörenden Arbeiten geleistet werden müssen. Das Schreiben einfacher Briefe und weitere administrative Aufgaben gehören zur Arbeit einer Réceptionistin. In Notsituationen sind Arbeitnehmende auch verpflichtet, über das Pflichtenheft hinausgehende Leistungen zu erbringen, sofern dies zumutbar ist. Beim Zügeln des Büros Ihres Chefs dürfte keine Notsituation vorliegen. Und falls Sie schwere Lasten tragen müssen, ist dies nicht zumutbar. Sie müssen entscheiden, ob Sie in der verbleibenden Zeit auf Konfrontation gehen wollen. Falls ja, können Sie geltend machen, dass diese Arbeit weder im Pflichtenheft steht bzw. keine Arbeit ist, die typischerweise als Réceptionistin zu verrichten ist, noch eine Notsituation vorliegt.



ZAHNARZTPRAXIS: Welche Arbeiten sind zumutbar? FOTO: ISTOCK

Dank Mobilisierung und kollektiven Verhandlungen haben viele Búezerinnen und Búezer wieder mehr Geld im Sack
Wo die Löhne steigen und wo

Das Lohnjahr 2025 sieht für Arbeitnehmende rosiger aus als auch schon. Doch nicht alle Branchen haben Grund zur Freude.

MARIA KÜNZLI

Nachdem in den letzten Jahren die Preise, Krankenkassenprämien und Mieten gestiegen waren, hinkten die Löhne lange hinterher. Für 2025 gibt es endlich gute Nachrichten: «Durch Mobilisierungen und kollektive Verhandlungen konnten für viele Arbeitnehmende der Teuerungsausgleich und auch Realloohnerhöhungen erreicht werden», sagt Noémie Zur Linden, Ökonomin bei der Unia. Eine reale Lohnerhöhung bedeutet, dass die Löhne stärker steigen als die Preise, dass also auch nach Berücksichtigung des Preisanstiegs ein höherer Lohn übrig bleibt. Die durchschnittliche Jahres-teuerung betrug 2024 1,1 Prozent. Positiv sei zudem, sagt Zur Linden, dass in diesem Jahr die Teuerung tiefer sei als in den Jahren zuvor. Aber: «Der Reallohnverlust der letzten Jahre muss vielerorts noch aufgeholt werden.» Beim Blick auf die einzelnen Branchen können sich nicht alle gleich freuen: In vielen Gewerbebranchen konnten Lohnerhöhungen erreicht werden, die über der Teuerung liegen. Auch im Bauhauptgewerbe konnte nach langwierigen und harten Verhandlungen eine zufriedenstellende Erhöhung der Effektiv- und der Mindestlöhne erreicht werden. «In den Industrie- und Dienstleistungsbranchen ist das Bild etwas durchzogener», sagt Noémie Zur Linden. So scheiterten die Verhandlungen bei Fenaco, Wander und Coop, da die jeweiligen Arbeitgeber nicht zu anständigen Lohnerhöhungen bereit waren. Positiv stimmt, dass es in vielen Branchen eine Verbesserung der Mindestlöhne gibt, etwa bei den Gesamtarbeitsverträgen im Coiffeurgewerbe oder dem Holzbau. In Branchen mit tiefen Löhnen sind faire Mindestlöhne essentiell.

«Der Einsatz der Arbeitnehmenden und Gewerkschaften hat sich gelohnt.»

NOÉMIE ZURLINDEN, ÖKONOMIN UNIA

VERHANDLUNGEN UND MOBILISIERUNG «Der Einsatz der Arbeitnehmenden und der Gewerkschaften hat sich gelohnt», konstatiert Unia-Ökonomin Noémie Zur Linden. «Obwohl die Resultate nicht überall genügend waren, konnten viele gute Ergebnisse erzielt werden, die für viele Arbeitnehmende für dieses Jahr eine Realloohnerhöhung bedeuten.» Das zeige einmal mehr die Bedeutung von kollektiven Verhandlungen und der Mobilisierung der Arbeitnehmenden.

Table with 6 columns: Branche, Firma/Arbeitgeber, Löhne individuell, Löhne generell, Erhöhung Mindestlöhne, Bemerkungen. Rows include Bau & Bauindustrie, MEM-Industrie, Textilindustrie, Energie, Lebens- & Genussmittelindustrie, Uhrenindustrie, Chemie/Pharma.

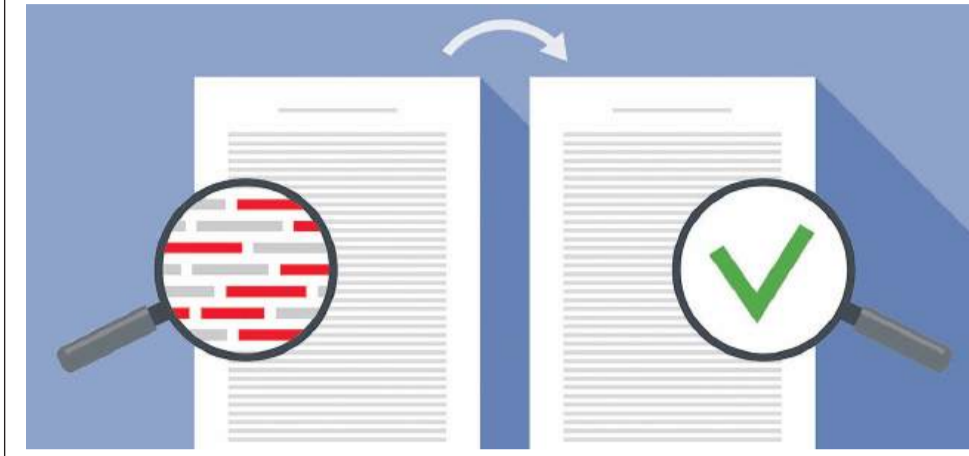
* Automatischer Teuerungsausgleich von 0,6% gemäss GAV MEM.

und Búezer wieder mehr Geld im Sack
es noch harzt

Table with 6 columns: Branche, Firma/Arbeitgeber, Löhne individuell, Löhne generell, Erhöhung Mindestlöhne, Bemerkungen. Rows include Dienstleistungen, Gewerbe.

saldotipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



UNBEFRIEDIGEND: Beim Test fiel das Korrekturprogramm von Microsoft schlecht aus. FOTO: ISTOCK

Internethilfen schlagen Word beim Korrigieren

Die Anrede «Sehr geeerde Damen und Herren» wirkt schlecht am Anfang eines wichtigen Briefs. Um solche Rechtschreibfehler zu vermeiden, benutzen viele am Computer die automatische Rechtschreibprüfung, die in Office-Programmen enthalten ist. Doch das Angebot ist schlecht. Das zeigt unser Test. Wir fütterten zehn Textprogramme und Online-Korrekturseiten mit 120 fehlerhaften Sätzen. Darunter waren je 20 Tippfehler, falsche oder fehlende Satzzeichen, Fallfehler, Fehler bei der Trennung sowie bei der Gross- und Kleinschreibung. Das Ergebnis ist ernüchternd. Microsoft Word korrigierte nur 37 von 120 Fehlern. Dabei brüstet sich Microsoft damit, dass für die Korrekturfunktion künstliche Intelligenz verwendet werde. Die Programme Libre Office und Open Office erkannten noch weniger Fehler.

Von 120 Fehlern erkannte das Programm von Word nur deren 37.

ALTERNATIVEN. Besser steht es um Online-Korrekturhilfen, bei denen Sie den Text für die Prüfung auf eine Internetseite laden. Auf Duden.de können Sie zwischen konventioneller Korrektur («Mentor Klassik») und mit KI («Mentor KI») wählen. Die klassische Korrektur fand 62 von 120 Fehlern. Der KI-Version entgingen nur 9 Fehler. Am besten schnitt Perplexity.ai ab. Die Website ist für KI-Chats gedacht. Sie können sie aber auch für die Textkorrektur verwenden. Anwender müssen schreiben, was Perplexity tun soll: «Korrigiere die Fehler in folgendem Text.» Danach kopieren Sie die gewünschten Sätze ins Textfeld, das Programm schreibt sie dann neu. In der Stichprobe erkannte Perplexity.ai alle 120 Fehler. Wer die Korrekturen kontrollieren will, kann dem Programm befehlen, alle korrigierten Wörter zu markieren. Fast so gut war mit 113 erkannten Fehlern Chat GPT – mit wenigen Aussetzern. So behauptete Chat GPT, das Wort «Fug» in «mit Fug und Recht» existiere nicht. Es machte «Fuss» (in deutscher Schreibweise «Fuß») daraus. MARC MAIR-NOACK

Sie müssen es nicht akzeptieren, Muss ich nach dem

wenn die ChefIn Sie ständig in der Freizeit stört
Feierabend erreichbar sein?

Die Erholung nach Feierabend ist wichtig für das Wohlbefinden und die Gesundheit. Wer von seinen Vorgesetzten ständig Anrufe ausserhalb der Arbeitszeit bekommt, sollte sich wehren – und den Arbeitsvertrag genau lesen.

MARIA KÜNZLI

Hans Stucki (48) hatte einen langen Tag. Bei der Arbeit war viel los, er hat sogar noch Überstunden gemacht, um einen Auftrag abzuschliessen, und nun, kaum zu Hause angekommen, ruft sein Chef an. Das tut er regelmässig nach Feierabend oder auch während der Ferien. Dadurch fällt es Hans Stucki schwer, abzuschalten und sich von der Arbeit zu erholen. «Ich

fühle mich, als wäre ich immer auf Abruf», erzählt der Bodenleger. Dabei gehe es oft um Kleinigkeiten, die gut bis zum nächsten Arbeitstag warten könnten, so Stucki. Doch ist das überhaupt erlaubt? Dürfen Angestellte während der Freizeit angerufen werden? Würde Hans Stucki in Australien leben, wäre die Sache klar: Seit August 2024 haben Angestellte ausserhalb der Arbeitszeit ein Recht auf Nichterreichbarkeit. Das heisst: Es ist Cheffinnen und Chefs zwar nicht grundsätzlich verboten, Mitarbeitende zu kontaktieren, jedoch müssen diese nicht auf Anrufe, SMS oder Mails reagieren oder auch während der Ferien. Ziel des neuen Gesetzes ist es, unbezahlte Überstunden zu verringern und die psychische Gesundheit der Arbeitnehm-

den zu schützen und zu fördern. Die Reform solle sicherstellen, «dass Menschen, die nicht 24 Stunden am Tag bezahlt werden, auch nicht 24 Stunden am Tag arbeiten müssen», sagte Premierminister Anthony Albanese. ERWARTUNGEN. Nicht nur in Australien, auch in der Schweiz herrscht in vielen Betrieben seitens der Vorgesetzten die Erwartung, nach Feierabend erreichbar zu sein, sei es per Mail, per Telefon oder beides. In der Schweiz gibt es zwar kein Recht auf Nichterreichbarkeit. Dennoch gilt der Grundsatz, dass

Arbeitnehmende nur während der Arbeitszeit verfügbar sein müssen. Ob und in welchem Mass eine Mitarbeiterin auch nach Feierabend erreichbar sein muss, macht das Schweizer Arbeitsgesetz vom Einzelfall abhängig: von der Position und Stellung der Person – und davon, was dazu im Arbeitsvertrag festgehalten wurde. Handelt es sich um eine Kaderposition oder um eine dringliche Angelegenheit, die nicht bis zum nächsten folgenden Arbeitstag warten kann, ist es grundsätzlich zulässig, dass Vorgesetzte eine Erreichbarkeit für dringende Fälle einfordern. Allerdings muss es sich auch hier um eine Ausnahme handeln. Ständige Anrufe während der arbeitsfreien Zeit

müssen Sie sich nicht gefallen lassen! Ausserdem: Ist die Verpflichtung, auch ausserhalb der Arbeitszeit erreichbar zu sein, vertraglich geregelt, muss dies entschädigt werden. Falls Ihre Arbeitszeiten im Vertrag nicht festgelegt sind und es auch keine festen Präsenzzeiten im Betrieb gibt, gelten in jedem Fall die gesetzlichen Vorschriften über Ruhezeiten, Nachtarbeit und Pausen (rebrand.ly/ruhezeiten). KLÄRENDES GESPRÄCH. Hans Stucki hat mit seinem Chef das Gespräch gesucht und ihn auf seine Rechte aufmerksam gemacht. Daraufhin hat sich die Situation gebessert, und der Bodenleger erhalt nach Feierabend nur noch Anrufe, wenn es wirklich dringlich ist.

UNIA-BERATUNG PROBLEME IM JOB?

Erwartet Ihre ChefIn oder Ihr Chef auch von Ihnen, dass Sie rund um die Uhr erreichbar sind? Oder haben Sie andere Probleme am Arbeitsplatz und weitere arbeitsrechtliche Fragen? Wenn Sie Unia-Mitglied sind, haben Sie Anrecht auf kostenlose Beratung bei arbeitsrechtlichen Problemen und Rechtsfragen. Kontaktieren Sie hierfür einfach die Unia Ihrer Region, Kontaktadressen finden Sie online: rebrand.ly/unia-kontakte

Repair Cafés Kaffee und Reparatur

In sogenannten Repair Cafés werden Gebrauchsgegenstände gemeinsam – bei Kaffee und Kuchen – geflickt. Vielleicht gibt es auch in Ihrer Nähe ein Repair Café? HandwerkerIn Sie gerne, kommen aber auch mal an Ihre Grenzen, weil vielleicht das Wissen oder das Werkzeug fehlen? Dann schmeissen Sie die kaputte Lampe nicht weg. In den Repair Cafés treffen Besitzerinnen und Besitzer defekter Gegenstände auf ehrenamtliche Profis und reparieren gemeinsam. Das können Haushaltgeräte sein, Textilien, Spielzeuge oder Elektronik. Allfällige Ersatzteile müssen bezahlt werden, die Reparatur an sich kostet aber nichts. ÜBER 200 CAFÉS. Das Projekt, das 2014 von der Stiftung für Konsumentenschutz gestartet wurde, hat zum Ziel, dem Ressourcenverschleiss und wachsenden Abfallbergen entgegenzuwirken. Menschen und Vereine, die ihr eigenes Repair Café gründen möchten, werden vom Konsumentenschutz unterstützt (Infos hier: repair-cafe.ch). In der Deutschschweiz gibt es mittlerweile über 200 solcher Cafés. Die Grundidee ist stets die gleiche: Es wird gemeinsam repariert, wobei der soziale Aspekt ebenso wichtig ist wie die Reparatur selbst. So entstehen wertvolle Begegnungen zwischen Werkzeug und Kuchen. (mk)



FOTO: ISTOCK



Über 9000 Ferien- und Freizeitanbieter werden günstiger durch Reka-Cards: ÖV, Reisebüros, Hotels, Restaurants, Kinos, Tankstellen, Freizeitparks u. v. m.

www.reka.ch

LÖSUNG UND GEWINNERIN AUS NR. 2
Das Lösungswort lautete: **ENGAGEMENT**

A	C		S	S		E	B											
B	O	Y	K	O	T	T		A	L	A	R	M	E		D	A	B	
U	I	E	I	N	S	A	Z	T		A	L	V						
K	U	R	Z	W	E	I	L		A	O	B	O	O	M	S			
A	B	T	E	I	N		K	N	O	L	L	E	N		A	B		
A	L	V	I	E	R	T	E	L		B	E	S	P	E				
H	A	L	L	I	G		A	S	F	E	N	S	T	E	R			
A	N	N	E	R	A	N	S	E	H	E	N	S	N	G				
T	M	U	E	C	K	E	N		U	R	E	G	I	E				
S	I	L	O	S		K	E	N		R	E	B	E	N				
P	U	K	N		M	E	I	S	T	E	R		Z	P	E	N		
D	M	O	D	E	R	N	E		D	R	E	G	A	L	E			
O	P	A	K		D	T		U	N	T	E	N		L	I	C		
K	K	E	A		D	I	E	S	E	S	T	R	E	I	K			
J	U	B	I	L	A	E	U	M		A	R	Z	T		F	O	O	T

DEN PREIS, eine Übernachtung für zwei Personen im See- und Seminarhotel FloraAlpina in Vitznau LU, hat gewonnen: **Alexandra Daverio, Biel.**
Herzlichen Glückwunsch!

Teile des Laubbaums			Baummaschine	kanad. Sängerin (Céline)	Volumen eines Zylinder- teils			Haus- halts- plan	Kloster- vorste- her Mz.	auf diese Weise, derart	Brat- wurst- masse		Satz b. Tennis (engl.)		weibl. Pferd	un- fruchtbar	span. Anrede: Herr	dt. Vorsilbe	
Grundbesitz, Bauernhof								im Wallis liegt ...müll							schweiz. Presse- agentur			4	
kurz für: an dem			kleinstes Bild- element		Ferien- destina- tion mit Therme							Doku- menten- samm- lungen		Laut, Klang					
ent- rüstet								Teil des Fusses		Strom- speicher Mz.		Körper- funktion							Him- mels- körper
					Fortset- zungs- reihe		Körper- kraft								Kraftma- schine, Auto- antrieb			sehr ehrgei- ziger Mensch	
Fels- stück		sehr schlank, knochig		Dokumen- tarfilm v. Christian Labhart								unent- schieden beim Schach		Stall- dung					
seinerzeit, früher							Wappen- vogel		Wohn- zins, Leih- gebühr		Aufstand								8
				grosser Klumpen		wirken, scheinen								US- Schau- spieler		Doppel- konso- nant			
d. Mund betref- fend	Zahl- stellen		Portrait								Hoch- schul- lehrer		Sink- kästen						9
enge Weg- biegung					vollständig, ganz und gar		jüngste Stufe d. Trias		grosses Selbst- wert- gefühl	festl. Abend- essen						betont männl. Mann			eh. Berliner Flug- hafen
			Ab- schnitt des Korans									Einheit d. elektr. Span- nung			wein- artiges Honig- getränk				
Zahl- ungs- art		Kratzer, Kerbe								best. Artikel (2. Fall)		Hilfs- geist- liche							2
Ge- spens- ter- treiben					griech. Buch- stabe		Geliebte des Zeus		Konkurs der ...- Laden- kette						sächl. Fürwort			Augen- blick, im ...	
Pausen- mahlzeit am Morgen		Kriech- tiere										... und Service public schützen!							10
						israel. Autor † 2018 (Amos)			konti- nuier- lich					afro- amerik. Musikstil					

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----

Lösungswort einsenden an: **work**, Postfach, 3000 Bern 16, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 13. März 2025

INSERAT



Lakna

Ben 6il

Koncert

«Solidarisch gegen Rassismus!»

Gaskessel Bern
20.00-1.30 Uhr
Gratis Eintritt!

21.3.25

gaskessel

WORKLESERFOTO



Am frühen Morgen

WANN 8. Februar 2025
WO Lörmoos BE
WAS Frostige Stimmung im Naturschutzgebiet während eines Arbeitseinsatzes
 Eingesandt von Jürg Scheidegger, Worb BE

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben. Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKPOST



Nach Zwangsheirat, Gewalthe und Todesdrohungen:
Richter wollen Mutter mit Kind ausschaffen – weil sie arm sind!

WORK 2 / 6.2.2025: RICHTER WOLLEN MUTTER MIT KIND AUSSCHAFFEN – WEIL SIE ARM SIND!

Krass

Ich hoffe, dass Rojda Aslan in der Schweiz bleiben darf! Schon nur wegen ihrer Tochter. Ich finde es krass, dass es Leute gibt, die sich viel Schlimmeres leisten und trotzdem bleiben dürfen. Hingegen soll eine alleinerziehende Mutter, die arbeitet, ausgeschafft werden.

FIZO_FIT, VIA TIKTOK

Ungerecht

Ich habe in einem Migrationsamt gearbeitet und erlebt, dass viele Männer alleine kommen und bleiben dürfen. Alleinerziehende Mütter aber werden ausgeschafft. Das zeigt die Diskriminierung gegenüber Frauen.

ROSA OCCHIO, VIA TIKTOK

Chance geben

Ich finde es traurig und unfair, dass in der Schweiz alleinerziehende

Mütter mit ihren Kindern ausgeschafft werden, selbst wenn sie in Gefahr sind. Statt sie wegzuschicken, sollte man ihnen eine Chance geben, zu arbeiten und sich ein Leben aufzubauen, für sich und ihre Kinder.

DANIELA GIULIANO, VIA TIKTOK

Wie viele schweigen?

Es ist traurig, was diese Frau erleben musste. Ich frage mich, wie viele es noch gibt, die aus Angst schweigen, weil sie fürchten müssen, ausgeschafft zu werden. Das ist schockierend.

JAMIGRU, VIA TIKTOK

Nur schlimm

«Die Stärke des Volkes misst sich am Wohl der Schwachen.» Wenn ich diesen Fall betrachte, muss ich sagen: Diesen Satz kann man ersatzlos aus der Schweizer Bundesverfassung streichen. Einfach nur schlimm.

SOPHOKLECKS, VIA TIKTOK

Opfer wird zum Täter gemacht

Was soll das?! Diese mickrigen Gastrolöhne müssen endlich angepasst werden, damit eine Mutter, die alleinerziehend ist, mit ihrem Lohn mindestens ihre Kosten decken kann. Bei diesem Fall wird das Opfer zum Täter gemacht.

JENCATMISSION, VIA TIKTOK

WORK 2 / 6.2.2025: AM TOR ZUR HÖLLE

Sie haben falsch berichtet

Sie sollten vielleicht nicht so viel ARD und ZDF schauen! Das sogenannte Geheimgespräch, das Correctiv angeblich enttarnt hat, es wurde von deutschen Gerichten geurteilt, das es nicht rechtens sei. Dort wurde nie von Deportation geredet, von niemandem. Correctiv wurde es untersagt, diese Falschbehauptung weiterzuverbreiten. Sie mussten dann zurückrudern und gaben zu, so etwas nie gesagt zu haben. Also das nächste Mal vielleicht besser recherchieren. Ich bin gespannt, ob dieser Leserbrief abgedruckt wird.

G. KUBBE-MÜLLER, PER MAIL

Stellungnahme der Redaktion:

Ja, Ihr Leserbrief wird abgedruckt. Aber wir lassen ihn nicht unbeantwortet. Die gut belegten Fakten sind nämlich folgende: Am 25. November 2023 haben sich im Landhaus Adlon bei Potsdam hochrangige AfD-Vertreter (u. a. der persönliche Referent von

Alice Weidel), Unternehmer und österreichische Rechtsextreme versammelt, um über die millionenfache Zwangsdeportation von Ausländerinnen und Ausländern zu sprechen. In persönlichen Einladungen zum Treffen war von einem «exklusiven Netzwerk» die Rede, dem man mit 5000 Euro beitreten möge. Der Ort war nicht zufällig gewählt: Er liegt in der Nähe der Villa, in der die Nazis am 20. Januar 1942 bei einem geheimen Treffen die Beschleunigung des Holocausts beschlossen hatten («Wannsee-Konferenz»). Gefeierte Hauptredner im Adlon war der Neonazi Martin Sellner. Er stellte einen «Masterplan» zur «Remigration» (Codewort für rassistische Säuberung) von 2 bis 6 Millionen Menschen vor. Sellner hauiert damit auch öffentlich. Ein AfD-Anwalt und mehrere Teilnehmende haben gegen die Recherche von Correctiv Klage geführt. Eine übliche Einschüchterungstaktik. Doch interessant ist, dass sie weder das Treffen noch die geplante Massendeportation bestritten, sondern nur zwei geringfügige Details der Berichte. Eine Klägerin nervte sich sogar über die Genauigkeit der Recherche – sie vermutete «illegale Mitschnitte» durch Correctiv. Mehr als ein halbes Dutzend Gerichtsurteile bestätigten den Kern der Enthüllungen. Inzwischen macht die AfD mit der Massendeportation Wahlkampf.

DIE WORK-REDAKTION

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an **work Redaktion Leserbriefe, Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16**





Uhrenarbeiterin und Unia-Mitglied **Erin Houriet** (59) spricht über ihre Arbeit bei Rolex und ihr neues Leben als Frau

«Früher sah man mich nicht»

Seit 33 Jahren arbeitet Erin Houriet in der Qualitätskontrolle von Rolex in Genf. Vor fünf Jahren begann sie ihre Geschlechtsumwandlung und setzt sich seither mit der Unia für LGBT-Rechte ein.

IWAN SCHAUWECKER | FOTOS OLIVIER VOGELSANG

Die Faszination für die Uhrmacherei ist Teil ihrer Familiengeschichte. Bereits der Urgrossvater von Erin Houriet hatte ein Atelier für Mikrotechnik in Horgen ZH, der Grossvater war Uhrmacher in La Chaux-de-Fonds und der Vater Bijoutier in Genf. Als Kind konnte Erin, die damals noch Cédric hiess, im Atelier des Grossvaters Uhren demontieren und deren Feinmechanik entdecken. Der Weg zum Uhrmacher schien vorgezeichnet.

KLEINSTE KRATZER SEHEN. Houriet machte eine Ausbildung zum Mikrotechniker und begann 1992 mit der Arbeit für Rolex in Genf. Im Labor am Hauptsitz des Luxusuhrenkonzerns entwickelte er Maschinen zur Qualitätskontrolle. Houriet sagt: «Die Arbeit damals war interessanter als das, was ich jetzt machen muss.» Heute analysiert Houriet die Retouren aus den Rolex-Filialen. Sie untersucht die fehlerhaften Komponenten oder defekten Teile, die aus der ganzen Welt zurück nach Genf geschickt werden. Houriet sagt: «Manche Kundinnen und Kunden sind extrem penibel. Es gibt Kratzer auf dem Saphirglas, die von blossen Auge kaum sichtbar sind, aber trotzdem beanstandet werden.» Oft sind es ästhetische Probleme, aber es gibt auch Teile, die tatsächlich defekt sind. Manchmal schicken die Läden auch eine fehlerhafte neue Uhr zurück. Die Rolex-Uhren im Wert zwischen 5000 und 140000 Franken sieht Houriet

sonst aber nur im Katalog, am Handgelenk des Chefs oder bei der Uhrenmesse in Genf.

PATRON KOMMT NICHT MEHR VORBEI. In der Regel beginnt Houriet ihren Arbeitstag im Genfer Quartier Acacias um halb sieben Uhr morgens. Sie startet gerne so früh, damit sie auch früher Feierabend machen kann. Alle Arbeitstage seien ähnlich. Sie müsse mindestens acht Stücke analysieren und die Berichte schreiben. Wichtig seien auch die Meetings mit anderen Teams, dass man sich abspreche und die gleichen Standards habe. Houriet sagt: «Rolex hat extrem expandiert, fast alle Zulieferer in Genf aufgekauft und beschäftigt nun etwa 6000 Personen im Kanton.» Früher sei der Patron in ihrer Abteilung vorbeigekommen, aber das sei schon länger nicht mehr der Fall.

CALVINS GEIST BIS ZUM BURNOUT. Bis im Jahr 2020 ging Houriet noch in Anzug und Krawatte zur Arbeit. Sie sagt: «In den Unternehmen in Genf herrscht immer noch mehrheitlich der patriarchale Geist von Calvin.» Auch bei Rolex seien die Hierarchien sehr wichtig und Kritik schwierig. Viele Jahre war auch Houriet total angepasst. Sie sagt: «Früher war ich sehr schüchtern und sagte nichts. Man sah mich nicht.» Nach dem Ausbruch der Corona-Pandemie geriet Houriet in ein Burnout. In dieser Zeit entdeckte sie auf Youtube Videos von Personen, die eine Geschlechtstransition gemacht hatten. Und im Lokalfernsehen sah sie Lynn Bertholet, eine ehemalige Genfer Bankdirektorin, die eine Geschlechtsumwandlung hinter sich hatte. Houriet sagt: «Da habe ich gelernt, dass es Genderdysphorie gibt und dass ich das vielleicht auch habe.» Genderdysphorie ist eine Abweichung des biologischen vom gefühlten Ge-



SINN FÜR PRÄZISION: Erin Houriet untersucht die Luxusuhren nach defekten Teilen, ein wichtiges Instrument ist dabei die Monokel-Lupe. FOTO RECHTS: ROLEX

schlecht. Sie habe sich seit ihrer Jugend schon immer mehr als Frau gefühlt.

DER WEG ZUR TRANSITION. Über eine Genfer Vereinigung für Transmenschen lernte Houriet Lynn Bertholet dann auch persönlich kennen und informierte sich bei ihr über den Prozess zur Geschlechtertransition. Houriet sagt: «Zuerst war ich 6 Monate bei einer Psychologin, um zu besprechen, ob ich wirklich bereit sei, und danach folgten noch Treffen mit einer Psychiaterin, die mir attestierte, dass ich eine Genderdysphorie habe.» Erst dann informierte Houriet auch ihr persönliches Umfeld und begann mit der Hormontherapie. Houriet sagt: «Ich habe auch mit der HR-Chefin von Rolex gesprochen und dann alle Mitarbeitenden meines Teams einzeln darüber informiert, dass ich eine Frau werde.»

EIN RADIKALER WANDEL. Mit der Transition entschied sich Houriet zum Beitritt zur Unia. Damit wollte sie sich auch gegen all-

fällige Probleme in ihrem Job absichern. Houriet sagt: «Lynn Bertholet verlor nach ihrer Transition ihren Job als Bankdirektorin, und ich wollte keinesfalls, dass mir das gleiche passiert.» Am Anfang habe sie nur sehr unscheinbare Kleider angezogen, aber jetzt getraue sie sich auch, mit einem farbigen Foulard, lackierten Nägeln und Schminke zur Arbeit zu kommen. Houriet sagt: «Meine Transition war ein radikaler Wandel, aber ich musste nicht kämpfen, es hat sich für mich immer gut angefühlt.»

NEUES SELBSTVERTRAUEN. In der Öffentlichkeit erlebt Erin Houriet jedoch auch Anfeindungen. «Beim Eingang meines Wohnblocks haben mich die Jungen auf der Terrasse immer wieder beleidigt. Da traute ich mich am Anfang fast nicht mehr aus dem Haus.» Mit der Zeit habe sie dank Wendo-Selbstverteidigungskursen mehr Selbstvertrauen entwickelt und sich auch in solchen Situationen nicht mehr einschüchtern lassen.

ERIN HOURIET AMAZONEN, AQUARELLE, AKTIVISMUS

Mit der Transition hat sich nicht nur ihr Körper, sondern auch das soziale Umfeld von Erin Houriet verändert. Erin Houriet lebt heute getrennt von ihrer Frau und ihren beiden Kindern, die inzwischen erwachsen sind. Früher spielte Houriet Trompete in einer Big Band. Heute spielt sie lieber alleine, seit kurzem auch Dudelsack. In ihrer Freizeit malt sie gerne Aquarelle und sammelt Bücher mit mythologischen Geschichten.

ENGAGIERT. Auf ihrem linken Arm hat Houriet drei Amazonen tätowiert und auf dem rechten Arm Blumen und eine Labrys-Flagge mit einer Doppelaxt, ein Zeichen der lesbischen Community. Erin engagiert sich als feministische Aktivistin nicht nur bei der Unia, sondern auch als Vorstandsmitglied in einer lesbischen Vereinigung. Sie organisiert Kampfsportkurse und bietet für die Unia Genf neu auch LGBT-Sprechstunden an. Houriet engagiert sich auf nationaler Ebene für die IG Frauen der Unia und in der neuen LGBTQI-Gruppe (siehe Tipp auf Seite 15).

INSPIRIERT. Den Namen Erin hat Houriet wegen der keltischen Wurzeln und des Films «Erin Brockovich» ausgewählt. Er steht für sie für Widerstand und Kampfegeist. Für ihren 100-Prozent-Job bei Rolex erhält sie 8000 Franken brutto. Dank dem neuen Uhren-GAV, der Lohntransparenz garantiert, kann sie ihren Lohn ohne Vorbehalte kommunizieren. (isc)

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden dritten Donnerstag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach, 3000 Bern 16. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft. Herausgeberin work, Gewerkschaft Unia Verlag und Redaktion Weltpoststrasse 20, 3000 Bern Postadresse Postfach, 3000 Bern 16 Telefon Verlag und Redaktion 031 350 24 18 E-Mail Verlag verlag@workzeitung.ch E-Mail Redaktion redaktion@workzeitung.ch Internet www.workzeitung.ch Redaktion Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), annesophie.zbinden@workzeitung.ch; Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), jonaskomposch@workzeitung.ch; Christian Egg, christianeegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Darja Knežević, darijaknezevic@workzeitung.ch; Parzival Meister (Produzent/Redaktionsleiter), parzivalmeister@workzeitung.ch; Julia Neukomm, julianeukomm@workzeitung.ch; Iwan Schauwecker, iwanschauwecker@workzeitung.ch Mitarbeit an dieser Nummer Peter Bodenmann, Oliver Fahrni, Laura Gonzalez, Maria Künzli, Regula Rytz, Clemens Studer, Reto Wyss, Jean Ziegler. Gestaltung/Layout Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch Korrektorat Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch; Andrea Leuthold Sekretariat Fabienne Jallily, verlag@workzeitung.ch Anzeigenmarketing Fabienne Jallily, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch Druck CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen Abonnement Jahresabonnement (15 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– Abodienst Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch Auflage 60 488 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia